

Mit Schreiben vom 17. Juli 2019 sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) sowie die Nachbargemeinden zur Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 6 „Erweiterung Industriegebiet Möbelwerke an der Freyensteiner Straße“ (Stand 17. April 2019) der Stadt Meyenburg aufgefordert worden.

Zu den vorgebrachten Einwendungen, Anregungen und Hinweisen beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungspunkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
T1	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Stellungnahme vom: 19.08.2019	1/1 Ziele der Raumordnung	Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		1/2 LEP HR	Erläuterungen: Kapitel 1.3 der Planbegründung: Wir weisen darauf hin, dass der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) am 01.07.2019 in Kraft getreten ist.	Dem Hinweis wird gefolgt. Das Kapitel „Landesplanung“ in der Begründung wird entsprechend angepasst.
		1/3 Vorranggebiet Freiraum	Sonstige Erfordernisse der Raumordnung: Gemäß Festlegungskarte des Regionalplans liegt der betreffende Geltungs-/Änderungsbereich tlw. im Vorranggebiet Freiraum.	Dem Hinweis wurde bereits gefolgt. Die Teile des Geltungsbereiches im Nordosten, die sich gemäß Festlegungskarte des Regionalplans innerhalb des Vorranggebietes Freiraum befinden, sind im Bebauungsplan als Grünflächen und gleichzeitig als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Durch diese Festsetzung wird der Bedeutung dieses Freiraums im Übergangsbereich zum Schmolder Abzugsgraben Rechnung getragen. Der Bebauungsplan sichert diese Flächen nicht nur als Grünflächen, sondern schafft außerdem durch die Festsetzung komplexer Maßnahmen – Entwicklung extensiver Wiesenflächen, Anlage von Feuchtbiotopen – die Grundlage für eine deutliche Aufwertung der derzeit überwiegend intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Fläche im Südwesten ist bereits seit vielen Jahren Teil des Betriebsgeländes der Möbelwerke. Die Einbeziehung der Fläche in das

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
				<p>Vorranggebiet „Freiraum“ ist offensichtlich der Darstellungssystematik des Regionalplans geschuldet. Soweit es sich dabei um wertvolle Freiraumbestandteile handelt, wie bei der in einer Senke gelegenen Fläche mit dichtem Baumbestand im äußersten Südwesten des Plangebietes, werden auch diese im Bebauungsplan explizit gesichert. Eine Nutzungsintensivierung in diesem Bereich ist nicht geplant.</p> <p>In ihrer Stellungnahme zum Entwurf der FNP-Änderung hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel mitgeteilt, dass der Entwurf des Bebauungsplanes mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft vereinbar ist.</p>
		1/4 rechtliche Grundlagen	<p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18. 12.2007 (GVBl. I S. 235)</p> <p>Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)</p> <p>Regionalplan Prignitz-Oberhavel -Sachlicher Teilplan Freiraum und Windenergie- Satzung vom 21.11.2018.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		1/5 Ziele / Grundsätze der Raumordnung	<p>Bindungswirkung</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.</p> <p>Die für die Planung relevanten Grundsätze der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p>	<p>Den Hinweisen wurde bereits gefolgt.</p> <p>Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung wurden bei der Planung in ausreichendem Maße berücksichtigt. Kapitel I.3.1 und I.3.2 der Begründung zur FNP-Änderung, als Grundlage für den daraus entwickelten Bebauungsplan, sowie Kapitel I.2.4 der Begründung zum Bebauungsplan enthalten ausführliche Darlegungen der Ziele und Grundsätze der Raumordnung und ihrer Berücksichtigung in der Planung.</p>
		1/6 Gültigkeit Stellungnahme	<p>Hinweise</p> <p>Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
T3	Ministerium für Wirtschaft und Energie Stellungnahme vom: 23.07.2019	3/1 keine Bedenken	nach fachlicher Prüfung der von Ihnen zur Verfügung gestellten Verfahrensunterlagen werden seitens des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zu den oben benannten Planverfahren k e i n e Anregungen oder Bedenken vorgetragen. Die Erweiterung des bestehenden Industriegebietes wird zur Sicherung und Entwicklung der bestehenden Unternehmen und zur möglichen Ansiedlung weiterer Unternehmen grundsätzlich begrüßt.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T5	Landkreis Prignitz Sb Natur- und Gewässerschutz Untere Wasserbehörde Stellungnahme vom: 20.08.2019	5/1 keine Bedenken	Gegen die Änderung des o. g. Flächennutzungsplanes bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. .	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/2 Entwässerung	Die nachfolgend genannten Forderungen und Hinweise sind bei der weiteren Planung zu beachten. Forderungen: 1. In den zukünftigen Baugenehmigungsverfahren sind bezüglich der Entwässerung des Plangebietes die Vorlagen und Nachweise entsprechend der Brandenburgischen Bauvorlagenverordnung vorzulegen.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Die Forderung betrifft künftige Baugenehmigungsverfahren und damit keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu berücksichtigenden Belange. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält bereits mehrfach die Forderung, dass für die geplanten Betriebserweiterungen ein Entwässerungskonzept für das Betriebsgelände zu erarbeiten ist. Dort wird ergänzt, dass die Vorlagen und Nachweise entsprechend der Brandenburgischen Bauvorlagenverordnung vorzulegen sind.
		5/3 Notüberläufe	2. Es ist das Erfordernis von Notüberläufen an den geplanten Kleingewässern zu prüfen.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Die Forderung betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu berücksichtigenden Belange. Das Erfordernis von Notüberläufen wird

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
				bei der konkreten Konzipierung und Ausführungsplanung für die Kleingewässer geprüft. In die Begründung zum Bebauungsplan wird ein entsprechender Hinweis ausgenommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
5/4		Versickerung	3. Das Niederschlagswasser der gering verschmutzten Verkehrsflächen sollte breitflächig über die belebte Bodenzone versickert werden.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Da noch keine Angaben zur künftigen Bebauung im Industriegebiet und damit zu Dachflächen, Materialien etc. vorliegen, können im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens noch keine konkreten Aussagen zur den zu erwartenden Regenwassermengen und zur Entwässerung getroffen werden. Im Rahmen des nachgeordneten Bauantragsverfahrens für die geplanten Betriebserweiterungen muss ein Entwässerungskonzept für das Betriebsgelände erarbeitet werden. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält bereits diese Forderung. Dort wird ein Passus ergänzt, dass das Niederschlagswasser der gering verschmutzten Flächen breitflächig versickert werden sollte. Davon abweichende Aussagen in der Begründung einschließlich Umweltbericht werden geändert.
5/5		Wasserschutz- gebiet	Hinweise: 1. Bei dem in der Planzeichnung dargestellten Schutzgebiet für Grundwassergewinnung handelt es sich um das Wasserschutzgebiet Meyenburg.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Das Schutzgebiet befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes und ist deshalb auch in der Planzeichnung nicht dargestellt. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
5/6		Kanalisation	2. Eine Regenwasserkanalisation ist im Plangebiet nicht vorhanden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die abweichende Aussage im Umweltbericht wird geändert. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
noch T5	Landkreis Prignitz Sb Natur- und Gewässerschutz Untere Natur- schutzbehörde Stellungnahme vom: 19.08.2019	5/7 wasserrecht- liche Erlaubnis	3. Für die Einleitung des Niederschlagswassers in die Kleingewässer ist eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der Unteren Wasserbehörde zu beantragen.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Sie betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu berücksichtigenden Belange. In die Begründung wird eine entsprechende Aussage aufgenommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/8 Anlage Kleingewässer	4. Die Prüfung der Zuständigkeit der Oberen Wasserbehörde für die Anlage der Kleingewässer erfolgt in den zukünftigen Baugenehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/9 Keine grund- sätzlichen Bedenken	Seitens der UNB bestehen gegen den BP unter Beachtung nachfolgender Forderungen und Hinweise keine Bedenken.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/10 Ausgleich geschütztes Soll	Biotopschutz Im Plangebiet befinden sich mehrere nach § 30 Abs. 2 BNatSchG geschützte Biotope. Nordöstlich des aktuellen Betriebsgeländes wird das geschützte Kleingewässerbiotop Nr. 4 (02122) mit der geplanten Betriebserweiterung dauerhaft verloren gehen. Seitens der UNB wird die vorgesehene Ausgleichsmaßnahme in der Fläche g als ausreichend angesehen.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/11 Ausnahme- genehmigung Soll	Forderung Für die Überbauung und Zerstörung des geschützten Kleingewässers (02122) ist mit Umsetzung der Baumaßnahme eine gesonderte Ausnahmegenehmigung	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Sie betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu berücksichtigenden Belange. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält bereits mehrfach die entsprechenden Hinweise.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>vom Biotopschutz nach § 30 Abs. 3 BNatSchG erforderlich und vom Vorhabenträger bei der UNB zu beantragen.</p> <p>Der Nachweis der Funktionstüchtigkeit (insbesondere für die umzusetzenden Amphibien) der erforderlichen Ausgleichsmaßnahme (Anlage des Kleingewässers mit Strukturen) muss spätestens bis zum Beginn der Inanspruchnahme des Kleingewässerbiotops (Nr. 4) erfolgen.</p>	Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/12 artenschutz- rechtliche Verbote	<p><u>Artenschutz</u></p> <p>Die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG gelten gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG für nach den Vorschriften des Baugesetzes zulässige Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG (Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 BauGB, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB), für europäische Vogelarten und Arten des Anhang IV der FFH - Richtlinie. Alle anderen nur national geschützten Arten (besonders geschützt) sind im Rahmen der Abwägung / Eingriffsregelung nach den Vorschriften des § 1a BauGB auf der Planungsebene zu behandeln.</p>	<p>Den Hinweisen wurde bereits gefolgt.</p> <p>Eine Auseinandersetzung mit den artenschutzrechtlichen Belangen ist im Rahmen des B-Plan-Verfahrens hinreichend erfolgt. Als Grundlage dafür wurden umfassende faunistische Untersuchungen durchgeführt, deren Ergebnisse in einem gesonderten Bericht zusammengestellt sind. Auf dieser Grundlage wurden im Bebauungsplan verschiedene Maßnahmen zum Artenschutz festgesetzt und zusätzliche Hinweise aufgenommen. Auch die Begründung zum Bebauungsplan einschließlich Umweltbericht enthält bereits die entsprechenden Aussagen.</p>
		5/13 artenschutz- rechtliche Verbote	<p>Ist vorherzusehen, dass artenschutzrechtliche Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG der Realisierung der vorgesehenen Festsetzungen entgegenstehen, ist dieser Konflikt bereits auf der Planungsebene zu lösen, da unausgeräumte artenschutzrechtliche Konflikte die Vollzugsfähigkeit eines Bebauungsplans verhindern und zu dessen Teil-/Nichtigkeit führen. Aus dem Grund ist von der Gemeinde vorausschauend zu prüfen, ob eine Ausnahmelage vorliegt. Entscheidend für die Rechtmäßigkeit des B-Plans ist nicht die Ausnahme selbst, sondern das Vorliegen einer Ausnahmelage.</p>	<p>Der Forderung wurde bereits gefolgt.</p> <p>Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes wurden umfassende faunistische Untersuchungen durchgeführt, deren Ergebnisse in einem gesonderten Bericht zusammengestellt sind. Diese bilden die Grundlage für die festgesetzten Maßnahmen zum Artenschutz. Die Prüfung, ob Ausnahmelagen vorliegen, ist vorgenommen worden; entsprechende Maßnahmen wurden abgeleitet. Durch diese Maßnahmen wird sichergestellt, dass bei der Umsetzung der Planung keine unüberwindbaren artenschutzrechtlichen Hindernisse entgegenstehen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		5/14 Brutvögel Hallen	<u>Brutvögel</u> Bei den Kartierungen 2018 wurden in den Hallen A, B und C drei Eulen-Schlafplätze (Schleiereule oder ggfs. Waldkauz) festgestellt. In den Hallen A und B wurden drei Bruten von Gebäudebrütern (Blaumeise, Feldsperling, Hausrotschwanz) nachgewiesen. Die Lagerhallen A - E sind zukünftig für den Abriss vorgesehen. Laut Punkt 11.3 der Festsetzungen des BP sind als vorgezogener Ausgleich die Montage von 4 Höhlenbrüterkästen, 2 Halbhöhlenbrüterkästen und 2 Schleiereulenkästen an den Gebäuden vorgesehen. An randlich stehenden Bäumen sind weitere 4 Höhlenbrüterkästen in den Flächen GI1 und GI5 vorgesehen. Die vorgesehene Maßnahme ist nach Einschätzung der UNB von Art und Umfang her als ausreichend anzusehen.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/15 Ausnahme- genehmigung	Wenn Tiere der besonders geschützten Arten (hier: Gebäudebrüter) mit regelmäßig genutzten Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den abzubrechenden Gebäuden oder umzubauenden Gebäuden vorkommen und durch die Baumaßnahmen betroffen sind, ist eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung erforderlich.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. In die Begründung wird ein entsprechender Hinweis auf die ggf. erforderliche artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung aufgenommen.
		5/16 Höhe PV- Module	Durch die dauerhafte Flächeninanspruchnahme gehen laut Gutachter 5 Reviere der Feldlerche, 2 Reviere der Feldsperlinge, 3 Reviere der Goldammer, 1 Revier des Neuntötters und 1 Revier des Rebhuhns verloren. Der Ausgleich erfolgt im Plangebiet mit der Umwandlung von Ackerfläche in extensives Grünland, Brache, der Pflanzung von Sträuchern und Bäumen. Für den Bereich des Sondergebietes SO „Photovoltaik“ sind im BP (11.1) vier kurzrasige Wiesenflächen von 20 x 20 m mit offenen Bodenflächen festgelegt, die dann von Feldlerchen als Brutplatz genutzt werden könnten. Hier ist aber fraglich, ob diese auch von den Feldlerchen angenommen werden, da Feldlerchen höhere vertikale Strukturen meiden und eine Höhenbegrenzung der PV-Module auf maximal 2,0 m Höhe	Der Forderung wird überwiegend gefolgt. Die maximale Höhe der PV-Module wird auf 2,5 m reduziert. Außerdem wird festgesetzt, dass die kurzrasigen Wiesenflächen am nördlichen und östlichen Rand des Sondergebietes angeordnet werden müssen. Durch die Kombination dieser Festsetzungen wird ein Kompromiss zwischen den Ansprüchen an eine möglichst effiziente Nutzungsmöglichkeit der Flächen für Photovoltaik-Anlagen und den Ansprüchen des Artenschutzes an die Eignung der „Grünfenster“ für die Nutzung durch Feldlerchen geschaffen. Durch die Anordnung der kurzrasigen Wiesenflächen im Übergangsbereich zu den angrenzenden offenen extensiven Wiesenflächen wird gewährleistet, dass eine größere zusammenhängende Wiesenfläche ohne vertikale Strukturen entsteht. Dies erhöht die Attraktivität für Feldlerchen. Vergleichbare Anlagen mit einer Höhenbegrenzung auf 3,0 m werden nachweislich

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			fehlt. <u>Forderungen</u> Die Höhenbegrenzung ist in den B-Plan mit aufzunehmen, um die Funktionstüchtigkeit der Maßnahme sicherzustellen.	durch Feldlerchen genutzt, weisen aber größere Grünfenster auf. Die geringe Größe der Grünfenster wird durch die Randlage ausgeglichen. Außerdem wird die Höhe auf 2,5 m begrenzt. Diese Höhe ist erforderlich, um die Nachteile der leichten Neigung des Sondergebiets nach Nordosten auszugleichen.
		5/17 Bewirtschaftung Grünland	Eine Kompensation für die Feldlerche ist im Plangebiet mit der Anlage von großen extensiv bewirtschaftetem Grünland (Fläche j mit ca. 16,8 ha) vorgesehen. Hier sind zusätzliche Auflagen zu Bewirtschaftung des Extensivgrünlandes (keine PSM, späte Nutzung ab Mitte Juli) in den Festsetzungen des BP mit aufzunehmen.	Der Forderung wird gefolgt. Die Textfestsetzung 7.3 wird um die angeregten Bewirtschaftungsauflagen ergänzt und folgendermaßen gefasst (Ergänzungen unterstrichen): „7.3 Die in der Planzeichnung mit „j“ bezeichnete Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist wie folgt zu gestalten: Die Fläche ist zu einer extensiv genutzten Wiesenfläche zu entwickeln. Die Wiesenflächen sind als Mähwiesen zu bewirtschaften. <u>Die Mahd darf maximal zweimal im Jahr ab Mitte Juli erfolgen.</u> Das Ausbringen von Dünger <u>und Pflanzenschutzmitteln</u> ist unzulässig.“
		5/18 Fledermäuse	Ein potentiell Fledermausquartier befindet sich an der Halle B. Weiterhin wurden in den betroffenen Hallen zwei Fraßplätze von Langohrfledermäusen festgestellt. Die Lagerhallen A - E werden zukünftig abgerissen. Zum Erhalt des Quartierpotenzials vor Ort soll laut Kapitel 11.2 des BP die Montage von 4 Fledermauskästen vorgezogen an Gebäuden oder Bäumen in den Flächen Gl1 und Gl5 erfolgen. Die Maßnahme ist nach Einschätzung der UNB auf Grund der festgestellten Quartierpotenziale ausreichend.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/19 Fledermaus- kastentypen	Bei der Montage sind verschiedene Kastentypen (z.B. kleine und große Spaltenflachkästen sowie Rundkästen) sinnvoll und sollten in die Begründung mit aufgenommen werden.	Der Anregung wird gefolgt. In die Begründung zum Bebauungsplan wird die Empfehlung, unterschiedliche Kastentypen zu verwenden, aufgenommen.
		5/20 Ausnahme- genehmigung	Wenn Tiere der besonders geschützten Arten (hier: Fledermäuse) mit regelmäßig genutzten Fortpflanzungs- und Ruhestätten in den abzubrechenden Gebäuden (z.B. Halle B) vorkommen und durch die Abbruchmaßnahme betroffen	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In die Begründung zum Bebauungsplan wird ein entsprechender Passus aufgenommen.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			sind, ist eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung erforderlich.	
		5/21 Amphibien	<u>Amphibien</u> In den Kleingewässern, insbesondere in den Gewässern Nr. 3 - 5 wurden laut dem Kartierbericht von 2018 Vorkommen der FFH-Arten Knoblauchkröte, Kammmolch festgestellt. Weitere nachgewiesene Amphibienarten waren Erdkröte, Teichfrosch und Teichmolch. Für den Verlust des Gewässerbiotops (siehe Ausführung zu Biotopschutz) ist ausreichend Ersatz im Bereich der Fläche g des Plangebietes vorgesehen. Mit der o.g. erforderlichen Ausnahmegenehmigung werden Auflagen zum Schutz besonders geschützter Arten (z.B. Amphibien) festgeschrieben.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		5/22 Amphibienschutzmaßnahmen	Unabhängig davon sind im BP auch die Amphibienschutzmaßnahmen (Errichtung von Amphibienschutzzäunen bei Bauarbeiten in Gewässernähe, Umsiedlung von Amphibien vor Gewässerverfüllung über eine Saison) zu erwähnen.	Der Forderung wird gefolgt. In die Begründung werden Textpassagen mit den erforderlichen Amphibienschutzmaßnahmen aufgenommen.
		5/23 Reptilien	<u>Reptilien</u> Zauneidechsen wurden auf vorhandenen Bracheflächen an der nordöstlichen Grundstücksgrenze innerhalb des Betriebsgeländes und auf Bracheflächen um die Lagerhallen an der nordwestlichen Grenze nachgewiesen. Diese sollen für die Erweiterung des Betriebsgeländes in Anspruch genommen werden. Auf Grund der in den Baubereichen durch das Büro GFN Umweltpartner nachgewiesenen Zauneidechsen gehen Reptilienlebensräume auf den betroffenen Bracheflächen (hier: Habitatbereiche C und B) dauerhaft verloren und das individuelle Verletzungs- und Tötungsrisiko erhöht sich trotz der vorgesehenen Umsiedlungsmaßnahmen.	Kenntnisnahme. Keine Abwägung erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			Für die Reptilien kann ein Eintreten des Tötungsverbotes nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG und ein Eintreten des Schädigungsverbotes für die Fortpflanzungs- und Ruhestätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden. Die für die geplante Betriebserweiterung in diesem Bereich notwendige artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung wurde bereits mit Datum vom 29.04.2019 durch die UNB unter Auflagen (Schutz-, Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen) erteilt. Sie befindet sich gegenwärtig in der Umsetzungsphase. Die Ausgleichsflächen bzw. Umsiedlungsflächen für die Reptilien befinden sich westlich des Kiebitzbergs.	
		5/24 Baumfäll- genehmigung	<u>Kompensationsmaßnahmen</u> Im Umweltbericht (UB) wurde im Kapitel – Ausgleich Baumschutz – dargelegt, dass für die zu fällenden Bäume ein Antrag auf Genehmigung nach der BaumSchV-PR zu stellen ist. Diesbezüglich ist zu ergänzen, dass dieser Antrag mit den Bauantragsunterlagen eingereicht werden kann und im Baugenehmigungsverfahren die Fällgenehmigung konzentrierend erteilt wird. Ein separates Verfahren ist dann nicht notwendig.	Der Anregung wird gefolgt. In der Begründung wird ein entsprechender Passus ergänzt.
		5/25 Ersatz- pflanzungen	Für alle eventuell notwendigen Fällungen wurde im UB die maximal Anzahl an Ersatzbäumen von 431 Stück berechnet. Die Ersatzpflanzungen für die Einzelbaumfällungen sollen sicherlich in die Grünflächen (Heckenstreifen) integriert werden. Im UB sind keine Ausführungen enthalten, ob die Ersatzpflanzungen aus den Baumfällungen vollumfänglich in die Gehölzstreifen integriert werden können.	Der Anregung wird gefolgt. Die Begründung wird um die entsprechenden Ausführungen ergänzt: Die Integration der bei maximalen Baumfällungen erforderlichen Ersatzbäume ist innerhalb der festgesetzten Pflanzflächen nicht vollumfänglich möglich. Dort können etwa 300 Bäume integriert werden. Sollten weitere Ersatzbäume gepflanzt werden müssen, so muss dies außerhalb des Geltungsbereiches erfolgen. Die Meyenburger Möbelwerke verfügen dazu über ausreichende Flächen. Die Fällung aller Bäume ist aber nicht zwangsläufig zu erwarten, weil sich ein Teil der Bäume bereits auf dem aktuellen Betriebsgelände befindet, z. B. am Regenrückhaltebecken im Innenhof oder um das

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
				Bürogebäude an der Freyensteiner Straße. Diese Bäume werden voraussichtlich erhalten werden.
5/26		Pflege Ersatz- pflanzungen	Grundsätzlich ist bei der Pflege der Ersatzpflanzungen leider anzumerken, dass eine dreijährige Entwicklungspflege oftmals zu kurz ist. Es kommt vielfach auch noch im 3. Standjahr zu Pflanzausfällen, weshalb eine mindestens 5-jährige Pflege empfehlenswert ist.	Der Hinweis wurde bereits berücksichtigt. Der Umweltbericht enthält in Kapitel II.2.4.3 die generelle Empfehlung, eine 5-jährige Entwicklungspflege für die Ausgleichsmaßnahmen festzuschreiben.
5/27		Bewirtschaftung Grünland	Die unter 7.3 des B-Planes festgelegten Bewirtschaftungsauflagen des Extensivgrünlandes reichen nach Einschätzung der UNB nicht aus, hier ist neben dem Düngeverzicht auch auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (z.B. Amphibien) zu verzichten und maximal eine zweischürige Mahd im Jahr zu erlauben. Zum Schutz der Bodenbrüter (z.B. Feldlerche) ist auch eine Vorgabe zur 1. Nutzung (ab Mitte Juli) wichtig.	Der Forderung zur Aufnahme von weiteren Bewirtschaftungsauflagen in den Bebauungsplan wird gefolgt, die Textfestsetzung 7.3. wird folgendermaßen ergänzt (Ergänzungen unterstrichen): „7.3 Die in der Planzeichnung mit „j“ bezeichnete Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist wie folgt zu gestalten: Die Fläche ist zu einer extensiv genutzten Wiesenfläche zu entwickeln. Die Wiesenflächen sind als Mähwiesen zu bewirtschaften. <u>Die Mahd darf maximal zweimal im Jahr ab Mitte Juli erfolgen.</u> Das Ausbringen von Dünger <u>und</u> Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.“
5/28		Abkürzungen und Fundstellen	<u>Abkürzungs- u. Fundstellenverzeichnis</u> BNatSchG Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I, S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) BbgNatSchAG Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz-BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. 1/13 Nr. 3) geändert durch Artikel 2	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			Absatz 5 des Gesetzes vom 25. Januar 2016 (GVBl.I/16, [Nr. 5]) BaumschV-PR Baumschutzverordnung Prignitz (BaumSchV-PR) vom 11. Dezember 2008, geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung vom 25.06.2009	
noch T5	Landkreis Prignitz Sb Bauordnung Stellungnahme vom: 20.08.2019	5/29 Notwendige Stellplätze	<p>Zum Bebauungsplan der textlichen Festsetzung unter Örtliche Bauvorschriften Punkt 4.1 gibt es folgende Anmerkungen.</p> <p>Der Bereich Gl 1 stellt den schon bestehenden Betrieb des Möbelwerkes da. Der Bereich Gl 5 Lagerhallen die schon im Bestand vorhanden sind.</p> <p>Die Anzahl der Stellplätze wird jetzt direkt an die Anzahl der Arbeitsplätze gekoppelt, 1 Stellplatz je angefangene 2 Arbeitsplätze. Auch für den Bestand ist dieses anzuwenden.</p> <p>Somit zieht jede Einstellung von Arbeitskräften einen Stellplatzbedarf nach.</p> <p>Besser wäre eine Formulierung die den Bestand an Stellplätzen berücksichtigt.</p> <p>Nur der durch den Neubau verursachten Stellplatzbedarf über die zusätzlichen Arbeitskräfte sollte dann einen Stellplatzbedarf erzeugen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Der Stellplatzbedarf für die von der Festsetzung betroffenen Nutzungen soll generell an die Zahl der Arbeitskräfte gekoppelt werden. Erst dadurch wird eine sinnvolle Gesamtzahl an Stellplätzen sichergestellt. Dies bedeutet zunächst auch nicht zwangsläufig, dass jede Neueinstellung einen zusätzlichen Stellplatzbedarf erzeugt. Ein zusätzlicher Stellplatzbedarf resultiert erst dann, wenn die bereits vorhandene Stellplatzanzahl den errechneten Bedarf nicht mehr decken kann. Danach ist es in der Tat so, dass jede Einstellung von Arbeitskräften einen Stellplatzbedarf nach sich zieht. Dies ist auch sinnvoll, da dann nicht nur von einem rechnerischen, sondern auch von einem realen Stellplatzbedarf auszugehen ist. Um Missverständnissen vorzubeugen, werden Ausführungen zur Anwendung der Festsetzung ergänzt.</p>
noch T5	Landkreis Prignitz Sb Abfallwirtschaft/ ÖPNV Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutz- behörde	5/30 Grundsätzliche Zustimmung	Die Untere Abfallwirtschafts- und die Untere Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB) stimmen aus fachlicher Sicht unter Berücksichtigung der nachstehend aufgeführten Nebenbestimmungen dem o. g. Vorhaben zu:	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
Stellungnahme vom: 20.08.2019				
		5/31 Altlasten	A. Altlastenfachliche Stellungnahme In der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 6 "Erweiterung Industriegebiet Möbelwerke an der Freyensteiner Straße", Ziffer II.2.4.3, sollte der nachstehend aufgeführte Sachverhalt ergänzt werden: Auf der möglichen Ausgleichsfläche, Gemarkung Meyenburg, Flur 104, Flurstück 100, befindet sich eine altlastverdächtige Altablagerung, die im Altlastenkataster des Landkreises Prignitz unter der ALKAT-Nr. 0340700010 mit der ortsüblichen Bezeichnung "Altablagerung am Schießstand in Meyenburg" registriert ist.	Der Anregung wird gefolgt. In der Begründung werden Ausführungen zu der altlastverdächtigen Altablagerung auf dem Flurstück 100 ergänzt.
		5/32 Grundwasser- messstellen	In dem betroffenen Bereich werden die Grundwassermessstellen 0340700006/P4/1997 (Flurstück 132), 0340700006/P3/1997 und 0340700006/P2/1997 (Flurstück 75) berührt. Die Grundwassermessstellen sind vor Zerstörung zu schützen. Bei Zerstörung sind die Grundwassermessstellen auf Kosten des Bauherrn wiederherzustellen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis betrifft keine auf der Ebene der verbindlichen Bauleiplanung zu berücksichtigenden Belange. In die Begründung wird ein Hinweis auf die Grundwassermessstellen aufgenommen.
noch T5	Landkreis Prignitz Sb Öffentlicher Gesundheitsdienst- Hygiene und Umweltmedizin Stellungnahme vom: 20.08.2019	5/33 keine Forderungen	Aus hygienischer und umweltmedizinischer Sicht ergeben sich keine Forderungen, Einwände, Bedenken oder Hinweise.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		5/34 Immissions- schutz	Für die Erweiterung des Industriegebietes wurde eine Lärmimmissionsprognose erstellt, die geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte an den betroffenen Immissionsorten nachweist.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
noch T5	Landkreis Prignitz Sb Denkmalschutz Stellungnahme vom: 20.08.2019	5/35 Denkmalschutz	Es bestehen aus denkmalpflegerischer Sicht keine Bedenken. Die Belange des Denkmalschutzes sind in ausreichender Form im Begründungstext dargestellt.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
noch T5	Landkreis Prignitz Sb Planung / Unter- nehmensbetreuung Stellungnahme vom: 20.08.2019	5/36 Planzeichnung	<i>Planzeichnung</i> Die zeichnerische Unterbrechung der Straßenbegrenzungslinie ist nicht nachvollziehbar.	Dem Einwand wird gefolgt und die Straßenbegrenzungslinie ergänzt. Zwar entfällt in der Regel gemäß Punkt 6.2 der Anlage zur Planzeichenverordnung eine Straßenbegrenzungslinie dort, wo sie mit der Baugrenze zusammenfällt, wie in der Planzeichnung zum Entwurf des Bebauungsplanes, eine durchgehende Straßenbegrenzungslinie erleichtert aber die Lesbarkeit und das Verständnis der Planzeichnung. Sie wird deshalb auch dort, wo sie mit der Baugrenze zusammenfällt, ergänzt.
		5/37 Festsetzungen. 3.2 und 3.3	Textliche Festsetzungen Die Festsetzungen Nr. 3.2 und 3.3 sind städtebaulich unbestimmt. Die „betriebstechnisch notwendigen Anlagen“ und „technischen Anlagen der Überwachung“ sind näher zu benennen.	Dem Einwand wird nicht gefolgt. Die Textfestsetzungen werden beibehalten, die Begründung wird ergänzt. Die Festsetzungen sind nicht unbestimmt. Der Bestimmtheitsgrundsatz erfordert es nicht, dass die Festsetzungen so konkret wie möglich sein müssen. Auch die Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe in textlichen Festsetzungen ist grundsätzlich zulässig. Es fehlt nicht an der gebotenen Bestimmtheit, wenn textliche Festsetzungen der Auslegung bedürfen. Zur Erfüllung des Bestimmtheitsgebots ist es vielmehr ausreichend, wenn der Norminhalt durch die anerkannten Auslegungsmethoden zweifelsfrei ermittelt werden kann, wenn sich der Inhalt der Festsetzung also erschließen lässt. Dies ist hier der Fall. Betriebstechnisch notwendigen Anlagen sind Anlagen, die für den Industriebetrieb erforderlich sind. Eine Überschreitung der maximalen

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
				<p>Höhe darf deshalb nicht durch Anlagen erfolgen, die zwar dem Betrieb dienen, aber nicht zwingend benötigt werden. Die Notwendigkeit der Anlage muss belegt werden. Dies wird in der Begründung zusätzlich klargestellt. Wesentlich für die Auswirkungen vor allem auf das Orts- und Landschaftsbild ist außerdem nicht die genaue Art der Anlage, sondern die Beschränkung auf eine bestimmte maximale Grundfläche. Diese wurde ebenfalls festgesetzt.</p> <p>Technische Anlagen der Überwachung sind Anlagen, die den Betrieb der Anlage (hier der PV-Anlage) oder die Einfriedung der Anlage gegen Eindringlinge überwachen. Dies sind heutzutage in der Regel Kameras. Es sind aber auch andere Anlagen denkbar, wie z. B. Bewegungsmelder. Aus diesem Grund wird die Festsetzung nicht auf Kameras beschränkt. In der Begründung erfolgt eine weitere Klarstellung, welche Anlagen gemeint sind und welche gegebenenfalls in Frage kommen.</p>
5/38		Verfahrens- vermerke / Katastervermerk	Sowohl die Verfahrensvermerke als auch der Katastervermerk gem. Planunterlagen VV (Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planunterlagen vom 16.04.2018) sind auf dem Plan anzubringen.	<p>Der Forderung wird gefolgt.</p> <p>Die Verfahrensvermerke und der Katastervermerk werden spätestens zum Satzungsbeschluss auf der Planzeichnung ergänzt.</p>
5/39		Stellplätze	<p><i>Begründung</i></p> <p>Punkt III.3.3 Stellplätze</p> <p>Der Begründung ist nicht zu entnehmen, wo die Errichtung der Stellplätze erfolgen soll.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Stellplätze sind gemäß § 12 Abs. 6 BauNVO innerhalb von Industriegebieten allgemein zulässig. Die Möbelwerke verfügen bereits über mehrere große Stellplatzanlagen. Die zusätzlich erforderlichen Stellplätze können problemlos innerhalb des festgesetzten Industriegebietes untergebracht werden. Das gesamte Industriegebiet wird umfassend eingegrünt. Eine nähere Verortung ist städtebaulich nicht erforderlich, da auch bei einer Massierung dieser Stellplätze weder Immissionsschutzkonflikte noch sonstige Konflikte, z. B. für Natur und Landschaft, zu erwarten sind.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		5/40 Verfahrensstand	Um den Verfahrensstand der Planunterlage nachvollziehen zu können, ist dieser auf dem jeweiligen Dokument (Planzeichnung und Begründung) anzugeben.	Der Einwand ist unbegründet. Auf der Planzeichnung und der Begründung ist bereits der Verfahrensstand angegeben.
T7	Landesamt für Umwelt Abt. Wasserwirtschaft Stellungnahme vom: 22.08.2019	7/1 Gültigkeit alte Stellungnahme	Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben: Zu genanntem Bebauungsplan wurde im Rahmen der Behördenbeteiligung zuletzt mit Schreiben vom 21.08.2018 eine Stellungnahme abgegeben. Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt, behalten die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.	Der Verweis auf die Aussagen in der Stellungnahme des Referats W13 zum Vorentwurf 2018 wird zur Kenntnis genommen.
		7/2 Forderungen berücksichtigt	Hinweise / Forderungen zur Gewässerentwicklung / Hydromorphologie Oberflächengewässer (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 2, 4) Den Forderungen von LfU W26 bzgl. der Belange der Wasserrahmenrichtlinie (Schmolder Abzugsgraben) wurde im Wesentlichen Rechnung getragen. Detailliertere Festlegungen sind auf Basis eines FNP oder BP nicht vorgesehen.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		7/3 Gültigkeit alte Stellungnahme	Die grundlegenden Aussagen in der ausführlicheren Stellungnahme vom Aug. 2018 behalten ihre Gültigkeit.	Der Hinweis auf die grundlegenden Aussagen des Referats W26 in der Stellungnahme zum Vorentwurf 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		7/4 Ausgleich und Ersatz	Unterstützung bei der Findung von geeigneten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wird durch LfU W26 zugesagt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wurden bereits in ausreichendem Umfang Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gesichert. Weitere Maßnahmen sind deshalb nicht erforderlich.
		7/5 Ausgleich und Ersatz	Für die Kompensation der Flächenversiegelung würde die Umwandlung von Acker in Extensivgrünland in der Stepenitzau zwischen Meyenburg und Krempendorf größere Synergismen zwischen FNP und WRRL ermöglichen. Falls ausreichend Planungszeit vorliegt, könnte evtl. die Inanspruchnahme von besser landwirtschaftlich nutzbarer Fläche auf dem Flurstück 100 in Meyenburg 104 (im Eigentum des Vorhabenträgers) zu Gunsten von naturschutzfachlich wirksameren Maßnahmen in den Bachauen des Schmolder Abzugsgrabens und v.a. der Stepenitz minimiert werden.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Die derzeit ackerbaulich genutzten Flächen in den Bachauen von Stepenitz und Schmolder Abzugsgraben befinden sich im Eigentum unterschiedlicher Privatpersonen, die diese Flächen verpachtet haben. Um eine flächige Umwandlung in Extensivgrünland oder andere Maßnahmen zu ermöglichen, müsste folglich zunächst der Zugriff auf diese Flächen durch Erwerb oder weitgehende vertragliche Regelungen gesichert werden. Dabei kommt erschwerend hinzu, dass es sich nicht um einige große Flurstücke in der Hand weniger Eigentümer handelt, sondern um eine Vielzahl von kleinen oder sehr schmalen Flurstücken von verschiedenen Eigentümern. Dies ist, unabhängig von der Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Maßnahme, im Rahmen des Planverfahrens nicht realisierbar. Außerdem dient das Flurstück 100 auch der Umsiedlung von Zauneidechsen, deren Lebensraum durch die Erweiterung des Betriebsgeländes der Möbelwerke verloren geht. Das Flurstück wird also ohnehin bereits für Ausgleichsmaßnahmen in Anspruch genommen und steht somit nicht mehr für eine uneingeschränkte landwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung.
		7/6 Maßnahme- flächen	Die Grünflächen g, p und h tangieren den Talraum des Schmolder Abzugsgrabens. Für die Zielerreichung der WRRL ist eine Dynamisierung des Baches erforderlich. Es sollten somit im Rahmen der weiteren Planung keine Festlegungen getroffen werden, die dem entgegenstehen.	Der Forderung wurde bereits gefolgt. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes stehen einer Dynamisierung des Baches grundsätzlich nicht entgegen. Die Grabenflurstücke werden durch die geplanten Maßnahmen nicht in Anspruch genommen. Die Maßnahmen auf den Flächen g und h, die an den Schmolder Abzugsgraben angrenzen, müssen im Rahmen einer

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
				Ausführungsplanung noch konkretisiert und die genaue Lage der Kleingewässer, der Gehölzflächen etc. auf den Flächen für Maßnahmen verortet werden. Die Kleingewässer und Gehölzflächen werden nur einen Teil dieser Flächen in Anspruch nehmen. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält bereits den Hinweis, dass sämtliche Maßnahmen konkret mit der Oberen Wasserbehörde abzustimmen sind.
noch T7	weiter Landesamt für Umwelt Abt. Wasserwirtschaft Stellungnahme vom: 04.09.2018	7/7 Wasserkörper- steckbrief	Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben: Anlage: Wasserkörpersteckbrief 2015 für „Schmolder Abzugsgraben“.	Der Hinweis auf den Wasserkörpersteckbrief wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		7/8 Gewässer- unterhaltung	Grundsätzliche Hinweise zu Belangen der Wasserwirtschaft (Referat W13) Im Plangebiet befindet sich ein Graben und an der östlichen Plangebietsgrenze befindet sich der Schmolder Abzugsgraben, jeweils Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Wir weisen darauf hin, dass der zuständige Unterhaltungsverband beteiligt werden sollte.	Dem Hinweis wurde bereits gefolgt. Der zuständige Unterhaltungsverband, der Wasser- und Bodenverband „Prignitz“, wurde am Verfahren beteiligt.
		7/9 Gewässerrand- streifen	Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).	Dem Hinweis wurde bereits überwiegend gefolgt, soweit dies auf der Ebene der Bebauungsplanung möglich und erforderlich ist. Bis auf das mittig innerhalb des Plangebiets gelegene Soll werden sämtliche innerhalb des Geltungsbereichs gelegenen Gewässer mit ihren Gewässerrandstreifen als Grünflächen festgesetzt. Auf diese Weise wird auf der Ebene der Bebauungsplanung ein weitgehender Schutz der Gewässerrandstreifen gewährleistet.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
				<p>Darüber hinaus enthält die Begründung zum Bebauungsplan bereits mehrfach den Hinweis auf die innerhalb der Gewässerrandstreifen geltenden Verbote.</p> <p>Nur das mittig innerhalb des Plangebiets gelegene Soll kann langfristig nicht erhalten werden und folglich auch nicht die Gewässerrandstreifen. Für die Inanspruchnahme dieses Gewässers wird im Bebauungsplan als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme die Neuanlage eines Kleingewässers innerhalb der Grünflächen festgesetzt.</p>
7/10		Anforderungen Wasserrahmenrichtlinie	<p>Grundsätzliche Hinweise im Hinblick auf Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG)</p> <p>Mit dem Schmolder Abzugsgraben grenzt ein nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtiges oberirdisches Gewässer an das Plangebiet. Eine Relevanz der planerischen Festlegungen im Hinblick auf die Anforderungen der WRRL ist damit grundsätzlich möglich und sollte in dem Verfahren geprüft werden.</p> <p><i>Rechtsgrundlagen und das Plangebiet betreffende EU-Berichterstattung</i></p> <p>Die Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden in das WHG als Bewirtschaftungsziele für die Gewässer übernommen. Um diese Bewirtschaftungsziele zu erreichen, wurden - als Instrumente zur Umsetzung der WRRL - Maßnahmenprogramme nach § 82 WHG und Bewirtschaftungspläne nach § 83 WHG aufgestellt. Im Internet können die das Plangebiet betreffenden aktuellen Unterlagen der EU-Berichterstattung (Zeitraum 2016-2021) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe unter folgenden Links eingesehen werden:</p> <p>http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.336141.de (Maßnahmenprogramm),</p>	<p>Den Hinweisen wurde bereits gefolgt soweit dies auf der Ebene der Bebauungsplanung möglich und erforderlich ist.</p> <p>Im Rahmen der Umweltprüfung ist eine Prüfung der Auswirkungen der Planung aus den Schmolder Abzugsgraben erfolgt. Danach sind negative Auswirkungen nicht zu erwarten, im Gegenteil: das festgesetzte Industriegebiet hält überall einen Abstand von mehr als 200 m zum Graben ein. Lediglich das Sondergebiet „Photovoltaik“, rückt bis auf 180 m an das Grabenflurstück heran. Von diesen Festsetzungen sind keine negativen Auswirkungen auf den Schmolder Abzugsgraben, das Erreichen der Bewirtschaftungsziele etc. zu erwarten.</p> <p>Auf den an den Graben angrenzenden Flächen werden ausschließlich Grünflächen in Überlagerung mit Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Dort sollen vorwiegend extensiv genutzte Wiesenflächen sowie Feucht- und Nasswiesen entwickelt werden. Die derzeit überwiegend noch intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen werden damit eine deutliche ökologische Aufwertung erfahren. Dies wird sich auch positiv auf den Schmolder Abzugsgraben auswirken.</p> <p>Eine direkte Einleitung von Niederschlagswasser in den Schmolder Abzugsgraben ist nicht vorgesehen und darf laut Umweltbericht auch nicht erfolgen. Der Umweltbericht enthält außerdem bereits den Hinweis, dass die Anlage der geplanten Kleingewässer in der Nähe des Schmolder Abzugsgrabens in enger Abstimmung mit der Oberen Wasserbehörde erfolgen muss.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.326188.de (Bewirtschaftungsplan).</p> <p><i>Allgemein verfügbare Daten- und Planungsgrundlagen des LfU für das Plangebiet</i></p> <p>Zur Untersetzung dieser Maßnahmenprogramme werden im Land Brandenburg für oberirdische Gewässer Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) erstellt. Das Plangebiet liegt in dem GEK-Gebiet „Stepenitz“ (SKL_Stepe). Dieses GEK liegt vor und der Endbericht kann unter http://www.wasserblick.net/servlet/is/87936/ nachgelesen werden.</p> <p>Wasserkörperspezifische Informationen können dem Kartendienst des Landes entnommen werden (http://maps.brandenburg.de/WebOffice/synserver?project=WRRL_www_CORE&client=Weiter). Beigefügt ist in der Anlage der Steckbrief für den Wasserkörper Schmolder Abzugsgraben.</p> <p><i>Anforderungen an planerische Festlegungen</i></p> <p>Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des Schmolder Abzugsgrabens haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen.</p> <p>Bezüglich spezifischer Anforderungen, die sich aus dem Verschlechterungsverbot bzw. dem Zielerreichungsgebot für die genannten oberirdischen Gewässer ergeben, wird auf die Hinweise des LfU-Referates W26 (Gewässerentwicklung) verwiesen.</p>	

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		7/11 Belange Gewässer- entwicklung	<p>Hinweise zu Belangen der Gewässerentwicklung (Referat W26)</p> <p>Der Geltungsbereich des geplanten FNP und Bebauungsplans umfasst die ca. 4-fache Größe des vorhandenen Gewerbegebietes der Möbelwerke Meyenburg. Die Abgrenzung erfolgt an Flurstücksgrenzen und Flurstücken, die sich zu ca. 50 % bereits im Eigentum der Möbelwerke befinden. Im Osten grenzt das geplante Gebiet auf einer Länge von ca. 770 m an die Bachau des Schmolder Abzugsgrabens.</p> <p>Der Schmolder Abzugsgraben ist ein 6,8 km langes natürliches aber stark begradigtes und ausgebautes Fließgewässer. Er ist berichtspflichtig gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Ziele und Maßnahmen wurden im Rahmen des Gewässerentwicklungskonzeptes (GEK) Stepenitz / Dömnitz / Jeetzebach erarbeitet (https://www.wasserblick.net/servlet/is/106597/).</p> <p>Der Schmolder Abzugsgraben ist im Prinzip der zweite Quellbach der Stepenitz, in die er in Meyenburg mündet. Das Gewässersystem der Stepenitz und Nebenbäche ist das fischökologisch wertvollste Fließgewässersystem in Brandenburg und beherbergt noch bedeutende Bestände der Kleinen Bachmuschel (Unio crassus). Die Gewässer sind Bestandteil des seit 2003 laufenden Wiederansiedlungsprogramms von Lachs und Meerforelle in Brandenburg. Nach Realisierung einiger in Bearbeitung befindlicher Wehrumbauten (u.a. Putzlitz) wird auch der Schmolder Abzugsgraben wieder durch Meerforellen erreichbar sein.</p> <p>Durch Flächenerwerb von der BVVG und Flächenzuordnung im Rahmen des BOV Freyenstein verfügen das Land Brandenburg und der NABU Landesverband Brandenburg entlang des Schmolder Abzugsgrabens über Eigentum an einem beidseitigen Gewässerrandstreifen mit einer</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Festsetzung der gewässernahen Bereiche als Grünflächen und als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft steht den geplanten Gewässerentwicklungsmaßnahmen nicht entgegen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			durchschnittlichen Breite von insgesamt 28 m und entlang fast der gesamten 6,8 km Länge. Es wurden auf Basis dieses Eigentums aber noch keine Gewässerentwicklungsmaßnahmen realisiert. Das LfU plant kurz- bis mittelfristig eine diesbezügliche Aufgabenübertragung an den WBV Prignitz auf Basis der UVZV 2. Die Maßnahmenziele werden u.a. gewässermorphologische Maßnahmen (Re-Mäandrierung) und auch eine Erhöhung der mittleren Wasserstände beinhalten können.	
		7/12 keine Bebauung Bachau	Aus Sicht von LfU W 26 sind im Falle einer Entwicklung des Gewerbegebietes u.a. folgende Aspekte zu beachten und werden durch LfU W 26 gefordert: Keine Bebauung der Bachau	Der Forderung wurde bereits gefolgt. Alle am Schmolder Abzugsgraben gelegenen Flächen sind im Bebauungsplan mindestens in einer Tiefe von 180 m als Grünflächen festgesetzt. Eine Bebauung dieser Flächen ist nicht vorgesehen.
		7/13 Freihaltung Pufferzone	Freihaltung eines „Randstreifens“ / einer Pufferzone von mindestens 40 m entlang des Auenrandes von Bebauung.	Der Forderung wurde bereits gefolgt. Die entlang des Schmolder Abzugsgraben gelegenen Flächen des Geltungsbereiches sind vollständig als Grünflächen dargestellt und nicht für eine Bebauung vorgesehen. Die Tiefe dieser Pufferzone beträgt zum Sondergebiet „Photovoltaik“ mindestens 180 m, zum Industriegebiet mehr als 200 m.
		7/14 keine Einleitung Regenwasser	Keine Direkteinleitung von Regenwasser des Gebietes in den Schmolder Abzugsgraben.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Die Erarbeitung einer Entwässerungsplanung erfolgt noch nicht auf der Ebene der Bebauungsplanung, sondern erst im Zuge der Baugenehmigungsverfahren. Erst dann können vor dem Hintergrund der geplanten Flächenbefestigungen, der konkreten Bebauung und der konkreten geologischen Beschaffenheit des Untergrundes etc. die anfallenden Niederschlagsmengen ermittelt werden. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält in diesem Zusammenhang bereits den Hinweis, dass eine Direkteinleitung von Regenwasser in den Schmolder Abzugsgraben nicht erfolgen darf.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		7/15 Freihaltung gewässernaher Bereich	Im Falle sukzessiver Bebauung ist der gewässernahe Bereich längstmöglich freizuhalten	Der Forderung wurde bereits gefolgt, soweit dies auf der Eben der Bebauungsplanung möglich ist. Der Forderung wurde bereits dadurch nachgekommen, dass der gewässernahe Bereich nicht als Baugebiet, sondern als Grünfläche festgesetzt wird ist. Eine Bebauung des gewässernahen Bereiches ist damit ausgeschlossen. Die Entfernung der Baugebiete zum Schmolder Abzugsgraben beträgt mindestens 180 m. Die Festlegung einer zeitlichen Reihenfolge bei der Realisierung von Bauvorhaben innerhalb der Baugebiete ist jedoch aufgrund des statischen Charakters der Bebauungsplanfestsetzungen nicht möglich.
		7/16 Kompensations- maßnahmen	Aufgrund des vorhandenen Eigentums der Möbelwerke entlang des Schmolder Abzugsgrabens (Meyenburg 4, Fs 57 und 51 [außerhalb Gebiet]) als auch an der Stepenitz könnten sich ggf. einige sinnvolle naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen ergeben, bei den wir Sie beraten können.	Der Anregung wurde bereits gefolgt. Das Angebot wurde wahrgenommen und gemeinsam über mögliche Kompensationsmaßnahmen entlang des Schmolder Abzugsgrabens beraten. Im Ergebnis dessen wurde von konkreten Maßnahmen am Schmolder Abzugsgraben Abstand genommen, da lediglich der Zugriff auf einen kurzen Gabenabschnitt möglich wäre und eine so zwangsläufig isolierte Maßnahme wenig sinnvoll ist.
		7/17 Gewässer- steckbrief	<i>[Die Stellungnahme enthält folgende Anlage: Gewässersteckbrief Schmolder Abzugsgraben Diese kann in der Originalstellungnahme eingesehen werden.]</i>	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
	noch T7	Landesamt für Umwelt Abt. Technischer Umweltschutz Stellungnahme vom: 22.08.2019	7/18 keine Bedenken Das Referat T21 hat im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 BauGB zu o.g. (Vor-) Entwurf zuletzt mit Schreiben vom 03.08.2018 bereits eine Stellungnahme abgegeben. Zum nun vorliegenden Entwurf (Erarbeitung eines Lärmgutachtens und entsprechende Festsetzungen auf dem Plan) bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine Bedenken.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		7/19 immissions- schutzrechtliche Bedeutung	<p>Die Planvorhaben der Gemeinden – insbesondere Darstellungen/Festsetzungen – sind oft von immissionsschutzrechtlichem Belang und daher bei der Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Umwelt (LfU) als Genehmigungs-, Vollzugs- und Überwachungsbehörde sowie als beteiligte Behörde gemäß § 4 BauGB für das Plangebiet selbst und dessen Umgebung von Bedeutung.</p> <p>Wir bitten daher, ein Exemplar des wirksamen FNP mit der Begründung an das Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 2, Postfach 60 10 61, 14410 Potsdam zu senden.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
T9	Landesamt für Bauen und Verkehr Stellungnahme vom: 15.08.2019	9/1 nicht berührt	<p>den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß "Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren" (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15. Juli 2015, S. 575) geprüft.</p> <p>Die, gegenüber dem B-Plan-Vorentwurf vom März 2018 zwischenzeitlich in die Planungsunterlagen eingearbeiteten Änderungen und Ergänzungen, die im Wesentlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine Untergliederung der Industriegebietsfläche in 5 Teilflächen entsprechend der vorgenommenen Festsetzung von Lärmkontingente - die Darstellung der Flächen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage als Sondergebietsfläche - Maßnahmen der Grünordnung und des Artenschutzes <p>betreffen, habe ich zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die verkehrliche Erschließung des Planungsgebietes soll weiterhin über die bereits vorhandene Zufahrten zu den</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>bestehenden Anlagen der Möbelwerke (2 Zufahrten an der L 16, 1 Zufahrt am Kiebitzberger Weg) erfolgen.</p> <p>Belange der Landesverkehrsplanung werden von den Änderungen nicht berührt.</p>	
		9/2 Gleisanbindung	<p>Ziel des B-Planes Nr. 6 ist es weiterhin, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung des im Planungsgebiet ansässigen Unternehmens (Möbelwerk) sowie für dessen flächenmäßige und bauliche Erweiterung durch Ausweisung von Industriegebietsflächen zu schaffen.</p> <p>Des Weiteren ist durch die Einordnung einer Sondergebietsfläche für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Planungsgebiet beabsichtigt, einen Beitrag zur Eigenenergieversorgung aus erneuerbaren Energien zu leisten.</p> <p>Positiv zu Kenntnis genommen habe ich, dass der Anregung der Regio Infra NordOst GmbH gefolgt und die Möglichkeit einer Gleisanbindung des Möbelwerkes untersucht wurde.</p> <p>Auch wenn diese Untersuchung zunächst zu dem Ergebnis kam, dass ein Gleisanschluss allein für das Möbelwerk nicht wirtschaftlich zu betreiben ist, sollte die Option einer Gleisanbindung aber offengehalten werden.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Die Planung steht einer Gleisanbindung des Industriegebiets nicht entgegen. Damit wird die Option einer künftigen Gleisanbindung grundsätzlich offengehalten. In die Begründung zum Bebauungsplan zudem ein Passus aufgenommen, dass die Sinnhaftigkeit und die Möglichkeit einer Gleisanbindung bei einer Veränderung der Rahmenbindungen regelmäßig geprüft werden sollten.</p>
		9/3 keine Einwände	<p>Aus Sicht der Landesverkehrsplanung bestehen gegen die geplante Betriebserweiterung keine grundsätzlichen Einwände.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		9/4 Verkehrs- anbindung	<p><u>Begründung und Hinweise:</u></p> <p>Es handelt sich bei der Planung um die Erweiterung eines vorhandenen Industriestandortes der verkehrlich an das öffentliche Straßennetz und an den übrigen ÖPNV angebunden ist.</p> <p>Insbesondere die direkte Erreichbarkeit des</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			Industriestandortes für die Beschäftigten mit öffentlichen Verkehrsmitteln begrüße ich.	
		9/5 zusätzliches Verkehrs- aufkommen	<p>Mit der geplanten Betriebserweiterung wird sich das hier erzeugte Verkehrsaufkommen erhöhen.</p> <p>Positiv beurteile ich in diesem Zusammenhang, dass durch Optimierung von Verkehrsabläufen der Anteil von Leerfahrten reduziert und damit das durch das erweiterte Unternehmen erzeugte zusätzliche Verkehrsaufkommen minimiert werden soll.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		9/6 Zufahrten	<p>Geplante Änderungen an den vorhandenen Grundstückszufahrten (2 Anbindungen an die Freyensteiner Straße/L14 und 1 Anbindung an den Kiebitzberger Weg) oder die Einordnung weiterer Zufahrten sind lt. der vorliegenden Planungsunterlagen nicht beabsichtigt.</p> <p>Sollten hier perspektivisch doch Änderungen erforderlich werden, wurde in der Begründung zum B-Plan unter Punkt III.3.5 auf Seite 81 bereits auf den erforderlichen Abstimmungsbedarf mit dem zuständigen Straßenbaulastträger, hier dem Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung West hingewiesen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		9/7 nicht berührt	Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr und Binnenschifffahrt werden durch das Vorhaben nicht berührt.	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		9/8 luftrechtliche Belange	<p>Eine Berührung ziviler luftrechtlicher Belange ist nicht zu erwarten, wenn die vorhandenen Bauhöhen im Planungsgebiet durch geplante bauliche Anlagen (dazu zählen auch temporäre Baugeräte und technische Aufbauten) nicht wesentlich überschritten werden.</p> <p>Davon gehe ich bei einer zulässigen maximalen Gebäudehöhe von 15 m über Bezugspunkt hier zunächst aus.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		9/9 luftrechtliche Belange	<p>Lt. textlicher Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung werden im B-Plan für Sonderbauteile in den Industriegebieten allerdings Bauhöhen bis 30 m zugelassen, wobei hier bauliche Anlagen einer Höhe von 27 m über Bezugspunkt im Bestand bereits vorhanden sind.</p> <p>Ob durch diese Höhenfestsetzung luftrechtliche Belange berührt sein könnten, ist durch die zuständige Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) zu prüfen.</p> <p>Ich gehe davon aus, dass die Luftfahrtbehörde analog dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren auch zum vorliegenden Planentwurf um Stellungnahme gebeten wurde.</p>	<p>Der Anregung wurde bereits gefolgt.</p> <p>Die Obere Luftfahrtbehörde wurde zum B-Plan-Entwurf erneut beteiligt.</p>
		9/10 PV-Anlagen	<p>Bezüglich der Zulässigkeit von Freiflächen-Photovoltaikanlagen innerhalb des Planungsgebietes wurde unter Punkt III.3.2 der Begründung zum B-Plan ausgeführt, dass von den Anlagen keine Blendwirkungen ausgehen dürfen, die den zivilen Luftverkehr beeinträchtigen könnten.</p> <p>Damit wurde einem entsprechenden Hinweis meiner Stellungnahme vom 21.08.2018 gefolgt.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>
		9/11 Zuständigkeit Straßenbaulast-träger	<p>Abschließend weise ich darauf hin, dass eine Beurteilung der vorliegenden Planung aus straßenbaulicher und straßenplanerischer Sicht in der Zuständigkeit des jeweiligen Straßenbaulastträgers liegt.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>
		9/12 Einholen von Genehmigungen	<p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
T10	Landesbetrieb Forst Brandenburg Stellungnahme vom: 27.08.2019	10/1 keine Einwände	Von Seiten der Oberförsterei Bad Wilsnack bestehen keine Einwände gegen oben genanntes Bauvorhaben.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		10/2 kein Wald	Waldflächen gemäß § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr. 06], S. 137) in der jeweils geltenden Fassung sind nicht betroffen.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T11	LA für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung Stellungnahme vom: 12.08.2019	11/1 keine Einwände	Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen) 1. Einwendungen: keine 2. Rechtsgrundlage:-- 3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):--	Kenntnisnahme Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		11/2 keine Planungen	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitraumes: keine	Kenntnisnahme Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		11/3 keine Anregungen	Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage: keine	Kenntnisnahme Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
T12	Regionale Planungs- gemeinschaft Prignitz-Oberhavel Stellungnahme vom: 05.08.2019	12/1 Regionalpläne	Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung: - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659) - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (Rep.FW) vom 21. November 2018	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		12/2 Vereinbarkeit	Die Entwürfe des Bebauungsplanes Nr. 6 "Erweiterung Industriegebiet Möbelwerke an der Freyensteiner Straße" und der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg (Stand: April 2019) sind mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel <u>vereinbar</u> .	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		12/3 Bedenken ausgeräumt	Begründung: Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 63,2 ha großen Fläche östlich der Stadt Meyenburg als Industriegebiet, Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Photovoltaik" bzw. private Grünfläche zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der ansässigen Möbelwerke um ein Logistikzentrum, zwei Hallen bzw. Photovoltaikanlagen geschaffen werden. Einzelhandelsbetriebe und Handelsbetriebe, die auch an den Letztverbraucher verkaufen, Räume und Betriebe für freie Berufe sowie Betriebe des Beherbergungswesens werden ausgeschlossen. Die Höhe baulicher Anlagen wird im Industriegebiet auf 15 m über der Geländehöhe beschränkt. Für betriebstechnisch notwendige Anlagen mit einer Grundfläche bis zu 150 m² können Überschreitungen der maximalen Oberkante baulicher Anlagen bis zu 30 m zugelassen werden, wenn öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden. Parallel soll der Flächennutzungsplan entsprechend geändert werden. An Stelle der bisherigen	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>Flächen für die Landwirtschaft sollen künftig Industriegebiete, Sondergebiete mit der Zweckbestimmung "Photovoltaik" sowie Grünflächen dargestellt werden.</p> <p>Gegenüber dem Vorentwurf wurden der Geltungsbereich vergrößert, die Art der baulichen Nutzung für die Photovoltaik konkretisiert und das Industriegebiet im Flächennutzungsplan zu Gunsten von Grünflächen reduziert. Darüber hinaus wurden die textlichen Festlegungen zu Emissionskontingenten, Höhe baulicher Anlagen und Grünordnung ergänzt.</p> <p>Die Planung war im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung bereits Gegenstand regionalplanerischer Stellungnahme (vgl. Schreiben vom 27.08.2018). Seinerzeit wurden Bedenken im Zusammenhang mit der Darstellung des Industriegebietes im Flächennutzungsplan und der Überlagerung des Vorranggebietes "Freiraum" geäußert. Mit dem vorliegenden Entwurf gelten die Bedenken als ausgeräumt.</p>	
		12/4 Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung“	<p>Hinweise</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In der Begründung zum Bebauungsplan wird bereits die entsprechende Bezeichnung des Regionalplans verwendet.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		12/5 Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“	Der Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde am 21. November 2018 von der Regionalversammlung als Satzung beschlossen. Die Satzung bedarf noch der Genehmigung durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		12/6 Ziele / Grundsätze der Raumordnung	Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Abs. 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).	Dem Hinweis wurde bereits gefolgt. Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung wurden bei der Planung in ausreichendem Maße berücksichtigt. Kapitel I.3.1 und I.3.2 der Begründung zur FNP-Änderung, als Grundlage für den daraus entwickelten Bebauungsplan, sowie Kapitel I.2.4 der Begründung zum Bebauungsplan enthalten ausführliche Darlegungen der Ziele und Grundsätze der Raumordnung und ihrer Berücksichtigung in der Planung.
		12/7 Genehmigungen	Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T13	LA für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Stellungnahme vom: 07.08.2019	13/1 Gültigkeit alte Stellungnahme	Das LBGR hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zur vorliegenden Planung zuletzt mit Schreiben vom 16. August 2018 eine Stellungnahme abgegeben. Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen haben sich aus unserer Sicht keine neuen entscheidungsrelevanten Sachverhalte ergeben. Somit behalten die in unserer Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.	Der Hinweis auf die Stellungnahmen vom 16.08.2018 wird zur Kenntnis genommen.


Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
noch T13	weiter LA für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Stellungnahme vom: 16.08.2018	13/2 keine Betroffenheit	Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		13/3 keine Einwendungen	1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können Keine.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		13/4 keine Planungen	2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands Keine.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		13/5 Geologie	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan: Geologie: Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		13/6 Pflichten Lager- stättengesetz	Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§§ 3, 4 und 5 Abs. 2 Satz 1 Lagerstättengesetz)	Kenntnisnahme. Der Hinweis betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu beachtenden Belange. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T14	Landesbetrieb Straßenwesen Stellungnahme vom: 14.08.2019	14/1 Erneuerung Landesstraße	Der vorliegende Geltungsbereich grenzt im Abschnitt 180 der Landesstraße 14 (Freyensteiner Straße). Derzeit plant der Landesbetrieb Straßenwesen (LS), Dienststätte (DS) Kyritz die Erneuerung der Landesstraße für den Bereich der vorhandenen Pflasterbefestigung (Abschnitt 180 von Station	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.


Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			6,030 bis 6,414 und Abschnitt 185 von Station 0,000 bis 0,120).	
		14/2 Anbindung Plangebiet	<p>Der Aufstellungsbereich der Planung soll den Ausführungen zufolge über eine Anbindung eines Feldweges sowie zwei Zufahrten zum Möbelwerk erfolgen.</p> <p>Im Rahmen dieser Beteiligung möchte ich darauf hinweisen, dass die Machbarkeit der geplanten Anbindungen auf der Grundlage straßenbaulicher und verkehrstechnischer Kriterien mit dem Baulastträger zu klären ist. Der Ausbaugrad, die Leistungsfähigkeit sowie das Verkehrsaufkommen der geplanten Erschließung sind dem LS, DS Kyritz nachzuweisen.</p>	<p>Die Forderung wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei den in der Stellungnahme angesprochenen Zufahrten handelt es sich ausnahmslos um Zufahrten, die bereits im Bestand vorhanden sind. Die geforderten Nachweise sind deshalb aktuell nicht erforderlich. Die Neuanlage von Zufahrten ist derzeit nicht geplant. Die beiden bestehenden Zufahrten bzw. der Kiebitzberger Weg, über den eine weitere Zufahrt angebunden ist, befinden sich außerdem innerhalb der Ortsdurchfahrt.</p> <p>Die Begründung zum Bebauungsplan enthält im Abschnitt „Landesstraße L 14“ in Kapitel III.3.5 bereits den Hinweis, dass die Anlage neuer Zufahrten oder eine Änderung der bestehenden Zufahrten frühzeitig mit dem Landesbetrieb Straßenwesen abzustimmen sind. Darüber hinaus wird im selben Kapitel, wie in der Stellungnahme des Landesbetriebes zum Vorentwurf des Bebauungsplans gefordert, auf die Regelungen von § 24 BbgStrG verwiesen. Dies ist auf der Ebene der Bebauungsplanung ausreichend.</p>
T15	Deutsche Telekom Technik GmbH	15/1 Gültigkeit alte Stellungnahme	Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben PTI 32, PB 2, FRef Susanne Tschendel; 2502260943 vom 29.08.2018 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.	Der Verweis auf die Stellungnahme vom 29.08.2019 wird zur Kenntnis genommen.
noch T15	weiter Deutsche Telekom Technik GmbH	15/2 TK-Linien betroffen	Im Planungsbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus den beigefügten Plänen ersichtlich sind.	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		Stellungnahme vom: 29.08.2018		

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		15/3 Bestandspläne	Die beigelegten Bestandspläne der Telekom entsprechen nur dem derzeitigen Stand. Änderungen oder Errichtungen von TK-Linien sind bis zum Beginn der Arbeiten möglich. Wir bitten daher, diese Pläne nicht zur Bauausführung zu verwenden.	Kenntnisnahme. Der Hinweis betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu beachtenden Belange. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		15/4 Kabelschutz	Vor Tiefbauarbeiten über oder in unmittelbarer Nähe unserer TK-Linien ist es erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher durch die Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 31 – Planauskunft Postfach 4202 49032 Osnabrück oder per E-Mail Planauskunft brandenburg@telekom.de in die genaue Lage dieser Anlagen einweisen lassen und die Bauausführenden immer die „Anweisung zum Schutze unterirdischer Anlagen der Telekom Deutschland GmbH bei Arbeiten Anderer (Kabelschutzanweisung)“ – siehe Anlage – beachten, um Schäden am Eigentum der Telekom Deutschland GmbH zu vermeiden.	Kenntnisnahme. Der Hinweis betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu beachtenden Belange. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		15/5 Netzausbau	Für die evtl. Versorgung weiterer Gebäude im Planbereich ist es für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen der Deutschen Telekom Technik GmbH unter der im Briefkopf genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.	Kenntnisnahme. Der Hinweis betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu beachtenden Belange. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		15/6 FNP-Änderung	Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung												
		15/7 Anlagen	<i>[Die Stellungnahme enthält folgende Anlagen: Übersichtsplan Lagepläne M 1:500 Kabelschutzanweisung Diese können in der Originalstellungnahme eingesehen werden.]</i>	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.												
T16	GDMcom Stellungnahme vom: 19.08.2019	16/1 betroffene Anlagen- betreiber	bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber: <table><tr><td>Anlagenbetreiber</td><td>Betroffenheit</td></tr><tr><td>Erdgasspeicher Preissen GmbH</td><td>nicht betroffen</td></tr><tr><td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)¹</td><td>nicht betroffen</td></tr><tr><td>GasLINE Telekommunikationsgesellschaft Deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG</td><td>nicht betroffen*</td></tr><tr><td>ONTRAS Gastransport GmbH²</td><td>betroffen</td></tr><tr><td>VNG Gasspeicher GmbH²</td><td>nicht betroffen</td></tr></table> <i>[Anm.: Tabelle verkürzt wiedergegeben; die ungekürzte Tabelle ist in der Originalstellungnahme einsehbar.]</i> *GDMcom ist für die Auskunft zu Anlagen dieses Betreibers nicht oder nur zum Teil zuständig. Bitte beteiligen Sie den angegebenen Anlagenbetreiber. Nähere Informationen, Hinweise und Auflagen entnehmen Sie bitte den Anhängen. Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).	Anlagenbetreiber	Betroffenheit	Erdgasspeicher Preissen GmbH	nicht betroffen	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	nicht betroffen	GasLINE Telekommunikationsgesellschaft Deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG	nicht betroffen*	ONTRAS Gastransport GmbH ²	betroffen	VNG Gasspeicher GmbH ²	nicht betroffen	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
Anlagenbetreiber	Betroffenheit															
Erdgasspeicher Preissen GmbH	nicht betroffen															
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	nicht betroffen															
GasLINE Telekommunikationsgesellschaft Deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG	nicht betroffen*															
ONTRAS Gastransport GmbH ²	betroffen															
VNG Gasspeicher GmbH ²	nicht betroffen															

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.</p>	
		16/2 weitere Anlagen	Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!	<p>Der Forderung wurde bereits gefolgt.</p> <p>Neben der GDMcom wurden die Deutsche Telekom AG, die Erdgas Mark Brandenburg GmbH, die E.ON edis, die Stadtwerke Pritzwalk GmbH, die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, die 50Hertz Transmission GmbH und die Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH am Verfahren beteiligt.</p>
		16/3 angefragter Bereich	Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der dargestellte Bereich stimmt mit der Anfrage überein.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			 <p>Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH</p> <p>Darstellung angefragter Bereich: 1 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 53.316877, 12.258937</p>	

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
 <p>Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH Darstellung angefragter Bereich: 2 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 53.315950, 12.268962.</p>				
16/4	Keine Anlagen	Anhang – Auskunft allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) VNG Gasspeicher GmbH Erdgasspeicher Peissen GmbH	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s.</p> <p>Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p>	
		16/5 weitere Anlagen- betreiber	<p><u>GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG</u></p> <p>Bitte beachten Sie, dass GDMcom nur für einen Teil der Anlagen dieses Betreibers für Auskunft zuständig ist. Im angefragten Bereich befinden sich keine von uns verwalteten Anlagen des oben genannten Anlagenbetreibers, ggf. muss aber mit Anlagen des oben genannten bzw. anderer Anlagenbetreiber gerechnet werden. Sofern nicht bereits erfolgt, verweisen wir an dieser Stelle zur Einholung weiterer Auskünfte auf:</p> <p>GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft Deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG über das Auskunftportal BIL (https://portal.bil-leitungsauskunft.de)</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Beteiligung der GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft Deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG am B-Plan-Verfahren ist jedoch nicht erforderlich. Nach Auskunft des Eigentümers der Flurstücke im Geltungsbereich gibt es innerhalb des Plangebietes weder Leitungen noch sonstige Anlagen dieses Anlagenbetreibers.</p>
		16/6 weitere Anlagen- betreiber	<p><u>Weitere Anlagenbetreiber</u></p> <p>Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>	<p>Siehe Abwägungspunkt 16/2</p>
		16/7 Schutz- anweisung	<p>Die beiliegende Schutzanweisung ist wesentlicher Bestandteil dieser Auskunft und zwingend zu beachten.</p>	<p>Die Schutzanweisung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Sie betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu beachtenden Belange.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung																
		16/8 Anlagenbestand	<p>Anhang – ONTRAS Gastransport GmbH</p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich die folgenden Anlagen des oben genannten Anlagenbetreibers. Die Anlagen liegen in der Regel mittig im angegebenen Schutzstreifen:</p> <table><tr><td>Anlagentyp</td><td>DN</td><td>Schutzstreifen</td><td>zuständig</td></tr><tr><td>Ferngasleitung ¹⁾</td><td>600/500</td><td>8,00 m</td><td>ONTRAS Perleberg</td></tr><tr><td>Ferngasleitung ^{1), 2)}</td><td>600</td><td>8,00 m</td><td>ONTRAS Perleberg</td></tr><tr><td>Ferngasleitung ¹⁾</td><td>150</td><td>4,00 m</td><td>ONTRAS Perleberg</td></tr></table> <p>Korrosionsschutz- anlage stillgelegt ¹⁾ n. relev. - ONTRAS Bad Doberan</p> <p>-mit Kabel</p> <p>-mit Anodenfeld</p> <p>Sonstige Einbauten und Zubehör ¹⁾ Schilderpfahl (SPf), Schilderpfahl mit und Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprehdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Ausbläser (A), Isolierstück/e (J), Betonreiter (BR), (Kabel-) Schutzrohr/e (SR), Kabelmuffen (KM), Kabelreserve/n (KR), Kabel-Unterflurbehälter (KUFB), Kabelmarker (M), Kabelgarnituren, Bänderder, Gleichrichterschrank; eingefriedetes Stationsgelände mit Stationsgebäude</p> <p>¹⁾ Die Anlagen befinden sich außerhalb der Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes und außerhalb der Grenze des Änderungsbereiches des Teil-Flächennutzungsplanes</p> <p>²⁾ Die Anlage befindet sich u.a. auf dem Flurstück 100 der Flur 104, Gemarkung Meyenburg im Bereich der geplanten Ausgleichsmaßnahmen</p>	Anlagentyp	DN	Schutzstreifen	zuständig	Ferngasleitung ¹⁾	600/500	8,00 m	ONTRAS Perleberg	Ferngasleitung ^{1), 2)}	600	8,00 m	ONTRAS Perleberg	Ferngasleitung ¹⁾	150	4,00 m	ONTRAS Perleberg	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
Anlagentyp	DN	Schutzstreifen	zuständig																	
Ferngasleitung ¹⁾	600/500	8,00 m	ONTRAS Perleberg																	
Ferngasleitung ^{1), 2)}	600	8,00 m	ONTRAS Perleberg																	
Ferngasleitung ¹⁾	150	4,00 m	ONTRAS Perleberg																	

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung								
[Anm.: Tabelle verkürzt wiedergegeben; die ungekürzte Tabelle ist in der Originalstellungnahme einsehbar.]												
		16/9 Anlagen im Nahbereich	<p>Im Nahbereich des angefragten Bereiches befinden sich folgende Grundstücke des oben genannten Anlagenbetreibers:</p> <table><tr><td>Gemeinde</td><td>Gemarkung</td><td>Flur</td><td>Flurstück</td></tr><tr><td>Meyenburg</td><td>124041</td><td>104</td><td>108</td></tr></table> <p>Bei Fragen an den Grundstückseigentümer wenden Sie sich bitte an: ONTRAS Gastransport GmbH 122-Recht und Interne Revision Maximilianallee 4 04129 Leipzig</p> <p>Die derzeitige ungefähre Lage dieser Anlagen entnehmen Sie bitte anliegenden Planunterlagen.</p>	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Meyenburg	124041	104	108	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück									
Meyenburg	124041	104	108									
		16/10 Korrosionsschutzanlage	<p>Bestandsunterlagen zur stillgelegten Korrosionsschutzanlage 099.00/06 liegen uns nicht vor. Bei stillgelegten Anlagen sind in Abstimmung mit ONTRAS Abweichungen von den Regelungen und Vorschriften der beigefügten Schutzanweisung möglich.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>								
		16/11 Lage der Anlagen	<p>Die Angaben zur Lage der Anlagen sind so lange als unverbindlich zu betrachten, bis die tatsächliche Lage in der Örtlichkeit unter Aufsicht des zuständigen Betreibers/ Dienstleisters festgestellt wurde. Erforderliche Suchschachtungen sind durch den Antragsteller/ das Bauunternehmen in Handschachtung auf eigene Kosten durchzuführen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Er betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu beachtenden Belange</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>								

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>Benötigen Sie die genaue Lage in der Örtlichkeit, vereinbaren Sie bitte unter Angabe der PE-Nr. einen Termin mit dem nachfolgend benannten Betreiber/ Dienstleister:</p> <p>Zuständig</p> <p>ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Perleberg</p> <p>ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Bad Doberan</p> <p><i>[Anm.: Kontaktdaten nicht wiedergegeben; diese sind in der Originalstellungnahme einsehbar.]</i></p>	
		16/12 keine Einwände	<p>Zur 5. Änderung des Teil-Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg (Entwurf) in Verbindung mit der parallel verlaufenden Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 6 "Erweiterung Industriegebiet Möbelwerke an der Freyensteiner Straße" (Entwurf) nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Es bestehen grundsätzlich keine Einwände.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		16/13 Schutzstreifen	<p>1. Im Schutzstreifen dürfen für die Dauer des Bestehens der Anlage/n keine baulichen Anlagen errichtet oder sonstigen Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder Betrieb der Anlage/n vorübergehend oder dauerhaft beeinträchtigen/gefährden können.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt, soweit dies auf der Ebene der Bebauungsplanung möglich und erforderlich ist.</p> <p>Im Bereich der Schutzstreifen von Ferngasleitungen wurden keine Baugebiete festgesetzt. Von der Planung berührt ist lediglich der Schutzstreifen der Gasleitung auf dem Flurstück 100. Dieses Flurstück wird im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft aufgewertet und ein Ersatzlebensraum für Zauneidechsen geschaffen. Ein Teil der Maßnahmen wurde bereits umgesetzt. Dabei wurde der Schutzstreifen der Ferngasleitung nicht in Anspruch genommen. Damit auch bei künftigen Maßnahmen eine Berücksichtigung dieses Schutzstreifens erfolgt, werden in die Begründung zum Bebauungsplan entsprechende Hinweise auf die Ferngasleitung und den von Einwirkungen freizuhaltenden Schutzstreifen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		16/14 außerhalb des Plangebietes	2. Aus den anliegenden Planunterlagen ist zu entnehmen, dass sich o.g. Anlagen außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Teil-Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes befinden.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		16/15 Ausgleichs- maßnahmen	3. Nach derzeitigem Kenntnisstand entstehen Interessenberührungen durch Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes auf dem Flurstück 100 der Flur 104, Gemarkung Meyenburg. Auf dem Flurstück 100 befindet sich die ONTRAS-Ferngasleitung FGL 99. Mit Blick auf die geplanten Maßnahmen verweisen wir auf Abschnitt III/1. der beiliegende Schutzanweisung, wonach Niveauveränderungen (z. B. durch Anlage von Sandhügeln und Strukturhaufen) im Schutzstreifen von ONTRAS-Anlagen grundsätzlich nicht zulässig sind. Bezüglich der bei Pflanzungen einzuhaltenden Mindestabstände verweisen wir auf die Beachtung des Abschnitts III/6. der beigefügten Schutzanweisung. Hinsichtlich der Aufwertung durch Totholzstämme weisen wir darauf hin, dass die Stämme nicht im Schutzstreifen der ONTRAS-Ferngasleitung FGL 99 eingebracht werden dürfen.	Der Forderungen werden berücksichtigt, soweit dies auf der Ebene der Bebauungsplanung möglich und erforderlich ist. Das Flurstück 100 wird im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft aufgewertet und ein Ersatzlebensraum für Zauneidechsen geschaffen. Ein Teil der Maßnahmen wurde bereits umgesetzt. Die durchgeführten Maßnahmen zur Aufwertung der Flächen für die Umsiedlung der Zauneidechsen befinden sich außerhalb des Schutzstreifens der Ferngasleitung; der Schutzstreifen wurde nicht in Anspruch genommen. Damit auch bei künftigen Maßnahmen eine Berücksichtigung dieses Schutzstreifens erfolgt, werden in die Begründung zum Bebauungsplan entsprechende Hinweise auf die Ferngasleitung und den von Einwirkungen freizuhaltenen Schutzstreifen aufgenommen.
		16/16 Planzeichnung B-Plan	In der Planzeichnung zum Entwurf des Bebauungsplanes ist der Verlauf der ONTRAS-Anlagen darzustellen.	Die Planzeichnung wird nicht geändert, die Begründung wird ergänzt. Die Anlagen und der zugehörige Schutzstreifen befinden sich außerhalb des Plangebietes. Sie berühren lediglich das für Ausgleichsmaßnahmen vorgesehene Flurstück 100. In die Begründung zum Bebauungsplan wird ein Passus zum Verlauf der Ferngasleitung, zum Schutzstreifen und den im Schutzstreifen geltenden Verboten aufgenommen. Dies ist ausreichend, zumal der exakte Verlauf der Leitung wie der Einwendende selber feststellt in der Örtlichkeit von den Angaben in den übergebenen Leitungsplänen abweichen kann. Im Zuge der bereits realisierten Aufwertungsmaßnahmen auf dem Flurstück war der Verlauf der Leitung in der Örtlichkeit eindeutig erkennbar. Es ist deshalb weder

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
				sinnvoll noch erforderlich, den Verlauf in der Planzeichnung darzustellen.
		16/17 Begründung B-Plan	In der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplanes sind die ONTRAS-Anlagen zu benennen.	Der Forderung wird gefolgt. In der Begründung werden die ONTRAS-Anlagen benannt, soweit sie für die Planungen relevant sind, und die erforderlichen Schutzmaßnahmen dargestellt.
		16/18 weitere Beteiligung	Der oben genannte Anlagenbetreiber ist weiter an der Planung / dem Verfahren zu beteiligen.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		16/19 Übergabe Beschluss	Nach Abschluss des Verfahrens ist uns der Beschluss zu übergeben.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		16/20 Anlagen	<i>[Die Stellungnahme enthält folgende Anlagen: Übersichtsplan im Maßstab 1:10.000 Leitungsbestandspläne Längsschnitt mit Längen 1:1.000 und Höhen 1:200 Leitungsschutzanweisung Dies können in der Originalstellungnahme eingesehen werden.]</i>	Die Anlagen werden zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
T18	Zentraldienst der Polizei Kampfmittel- beseitigungsdienst Stellungnahme vom: 05.08.2019	18/1 Verweis auf alte Stellungnahme	In Ihrem Schreiben vom 17.07.2019 möchten Sie zum o.g. Verfahren eine Stellungnahme. In unserem Schreiben vom 04.09.2018 wurde eine Stellungnahme gefertigt. Wir bleiben bei dieser Stellungnahme. Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.	Der Verweis auf die Stellungnahmen vom 04.09.2018 wird zur Kenntnis genommen.
noch T18	<i>weiter</i> Zentraldienst der Polizei Kampfmittel- beseitigungsdienst Stellungnahme vom: 04.09.2018	18/2 keine Einwände	zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		18/3 Munitions- freigabe	Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Munitionsfreigabebescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu beachtenden Belange. Die Begründung enthält bereits im Abschnitt „Kampfmittelbelastung“ in Kapitel III.3.6 einen entsprechenden Hinweis.
		18/4 künftige Planänderungen	Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T20	Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ Stellungnahme vom: 24.07.2019	20/1 Parallelverläufe	dargestellte Wasserläufe II. Ordnung, die an der nördlich und östlichen Planungsgebietsgrenze liegen, sind im weiteren Verfahren wie folgt zu berücksichtigen. 1. Bei Parallelverläufen ist ein Mindestabstand von 5,00 m zur Böschungsoberkante einzuhalten	Der Anregung wurde bereits gefolgt, soweit dies auf der Ebene der Bebauungsplanung möglich und erforderlich ist. Die an die Wasserläufe angrenzenden Flächen sind im Bebauungsplan ausschließlich als Grünflächen und als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Neue Leitungen sind in diesem Bereich nicht

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
				vorgesehen. Als Ausgleichsmaßnahmen, die auf diesen Flächen festgesetzt sind, sind teilweise Kleingewässer vorgesehen, die jedoch nicht als Fließgewässer konzipiert sind. Die genaue Lage der Kleingewässer ist Gegenstand der Ausführungsplanung für die Maßnahmen. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält bereits im Abschnitt „Gewässer II. Ordnung“ den Hinweis, dass bei Parallelverläufen ein Abstand von 5 m einzuhalten ist. Die Festsetzungen des Bebauungsplans stehen der Forderung nicht entgegen.
		20/2 Zufahrt	2. Eine Zufahrt ist offenzuhalten.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes stehen der Forderung des Wasser- und Bodenverbandes nicht entgegen. Eine detaillierte Konzipierung der Ausgleichsmaßnahmen, die auf den an die Wasserläufe angrenzenden Grünflächen geplant sind, erfolgt erst im Zuge der Ausführungsplanung für diese Maßnahmen. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält bereits im Abschnitt „Gewässer II. Ordnung“ den Hinweis, dass zu den Gräben eine Zufahrt zur Gewässerunterhaltung freigehalten werden muss.
		20/3 Vorflut	3. Sollten die Wasserläufe als Vorflut dienen, so ist dies mit dem Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ entsprechend abzustimmen.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Sie betrifft keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu berücksichtigenden Belange. Ein Entwässerungskonzept für die Betriebserweiterungen wird erst im Zuge der Umsetzung der Planung erarbeitet. Eine Nutzung der Gräben als Vorfluter ist aber nicht vorgesehen. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält bereits den Hinweis, dass keine direkte Einleitung von Niederschlagswasser in den Schmolder Abzugsgraben erfolgen darf.
		20/4 weitere Beteiligung	4. Eine weitere Planungsbeteiligung ist sicherzustellen.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		20/5 Eingriffe und Ausgleich	5. Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen an Wasserläufen II. Ordnung sind im Detail mit dem Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ abzustimmen.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Eine über die Festsetzungen des Bebauungsplans hinausgehende detaillierte Konzipierung der Ausgleichsmaßnahmen, die auf den an die Wasserläufe angrenzenden Grünflächen geplant sind, erfolgt erst im Zuge der Ausführungsplanung für diese Maßnahmen. In die Begründung zum Bebauungsplan wird der Hinweis aufgenommen, dass die konkreten Maßnahmen mit dem Wasser- und Bodenverband abzustimmen sind.
		20/6 Anlage	<i>[Die Stellungnahme enthält folgende Anlage: Übersichtsplan aus dem Anschreiben der Behördenbeteiligung mit eingezeichneten Gewässern II. Ordnung im Maßstab 1:10.000 Dies kann in der Originalstellungnahme eingesehen werden.]</i>	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T21	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg Stellungnahme vom: 24.07.2019	21/1 Zuständigkeit	die WGI GmbH wird von der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt) beauftragt Auskunftersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der NBB. Die NBB handelt im Rahmen der ihr übertragenen Netzbetreiberverantwortung namens und im Auftrag der GASAG AG, der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, der Stadtwerke Bad Belzig GmbH, der Gasversorgung Zehdenick GmbH, der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, der NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf (NHN) Gas mbH & Co.KG, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH (NGHGas), der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		21/2 Leitungspläne	Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den beigefügten Planunterlagen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich der Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. In die Begründung wird ein Passus aufgenommen, dass vor Baumaßnahmen im Bereich von Leitungen der genaue Verlauf der Leitungen, erforderliche Schutzabstände etc. mit dem entsprechenden

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			werden. Dabei ist zu beachten, dass erdverlegte Leitungen nicht zwingend geradlinig sind und daher nicht auf dem kürzesten Weg verlaufen. Darüber hinaus sind aufgrund von Erdbewegungen, auf die die NBB keinen Einfluss hat, Angaben zur Überdeckung nicht verbindlich. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Ortung, Querschläge, Suchschlitze, Handschachtungen usw.) festzustellen.	Leitungsträger auszustimmen sind. Eine Abwägung ist nicht erforderlich. .
		21/3 Leitungspläne	Im unmittelbaren Bereich der Leitung ist auf den Einsatz von Maschinen zu verzichten und in Handschachtung zu arbeiten. Die abgegebenen Planunterlagen geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer das Antwortschreiben mit aktuellen farbigen Planunterlagen vor Ort vorliegt. Digital gelieferte Planunterlagen sind in Farbe auszugeben. Bitte prüfen Sie nach Ausgabe die Maßstabsgenauigkeit.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu berücksichtigenden Belange. Eine Abwägung ist nicht erforderlich. .
		21/4 Gültigkeit der Auskunft	Die Auskunft gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für eigene Leitungen der NBB, so dass gegebenenfalls noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen und Netzbetreiber zu rechnen ist, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen.	Der Anregung wurde bereits gefolgt. Neben der NBB wurden die GDMcom, die Deutsche Telekom AG, die Erdgas Mark Brandenburg GmbH, die E.ON edis, die Stadtwerke Pritzwalk GmbH, die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, die 50Hertz Transmission GmbH und die Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH am Verfahren beteiligt.
		21/5 Leitungspläne	Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus den Planunterlagen ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind in den Plänen nicht oder nur unvollständig enthalten.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		21/6 Hochdruck- leitung	In Ihrem angefragten räumlichen Bereich befinden sich Anlagen mit einem Betriebsdruck > 4 bar.	Der Hinweis wird berücksichtigt, soweit dies auf der Ebene der Bebauungsplanung möglich und erforderlich ist Die Anlagen befinden sich außerhalb des Baugebietes. Von der Planung berührt ist lediglich ein Leitungsabschnitt auf dem Flurstück 100. Dieses Flurstück wird im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft aufgewertet und ein Ersatzlebensraum für Zauneidechsen geschaffen. Ein Teil der Maßnahmen wurde bereits umgesetzt. Dabei wurden keine Flächen im Bereich der Hochdruckleitung inklusive in Anspruch genommen. Damit auch bei künftigen Maßnahmen eine Berücksichtigung der Leitung erfolgt, werden in die Begründung zum Bebauungsplan entsprechende Hinweise auf die Leitung und den von Einwirkungen freizuhaltenen Schutzstreifen aufgenommen.
		21/7 Leitungsschutz- anweisung	Nach Auswertung des Bebauungsplans/Flächennutzungsplans und der entsprechenden Begründung ist unsere Leitungsschutzanweisung zu beachten und folgendes in die weitere Planung einzuarbeiten: Kabelanlagen sind in der vorgefundenen Lage zu belassen. Veränderungen sind unzulässig. Werden Kabelanlagen beschädigt, ist die NBB unverzüglich unter der Telefonnummer (030) 81876 1890, Fax (030) 81876 1749 zu benachrichtigen. Schäden an der Kabelummantelung werden kostenlos beseitigt, sofern die NBB vor der Grabenverfüllung Kenntnis erhält.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen keine auf der Ebene der Bebauungsplanung zu berücksichtigenden Belange. In die Begründung wird ein Hinweis aufgenommen, dass bei sämtlichen Baumaßnahmen der Leitungsbestand und die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu berücksichtigen sind und aus diesem Grund eine frühzeitige Abstimmung mit den Leitungsträgern erfolgen muss.
		21/8 Änderung Arbeitsraum	Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.	Die Forderung wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		21/9 Anlagen	<i>[Die Stellungnahme enthält folgende Anlagen: Leitungspläne im Maßstab 1:500 Übersichtsplan im Maßstab 1:15.000 Legende Gas Leitungsschutzanweisung Diese können in der Originalstellungnahme eingesehen werden.]</i>	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T22	50Hertz Transmission GmbH Stellungnahme vom: 06.08.2019	22/1 keine Anlagen	Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		22/2 Gültigkeit Stellungnahme	Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T23	IHK Potsdam Stellungnahme vom: 23.08.2019	23/1 Begrüßung des Vorhabens	Die IHK Potsdam spricht sich weiter für das Vorhaben aus. Die Umsetzung sollte zeitnah erfolgen.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
T25	Wasser- und Abwasser- zweckverband Pritzwalk Stellungnahme vom: 23.07.2019	25/1 keine Einwände	Gegen den o.g. Bebauungsplan und die 5. Änderung des o.g. Teil-Flächennutzungsplanes bestehen unsererseits keine Einwände, da durch den Geltungsbereich keine Belange des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Pritzwalk berührt werden.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
T26	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Stellungnahme vom: 23.08.2019	26/1 Zuständigkeits- bereich	1. Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		26/2 nicht berührt	2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftrechtlicher Sicht durch das o.g. Vorhaben nicht berührt. 3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben nicht entgegen.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		26/3 keine Bedenken	Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen die Entwürfe des Bebauungsplanes Nr. 6 „Erweiterung Industriegebiet an der Freyensteiner Straße“ sowie der 5. Änderung des Teil-Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg im Parallelverfahren.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		26/4 keine Bauschutz- bereiche	<u>Begründung:</u> Der im Kartenmaterial ausgewiesene Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 6 „Erweiterung Industriegebiet an der Freyensteiner Straße“ sowie der 5. Änderung des Teil-Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg im Parallelverfahren befindet außerhalb von Bauschutzbereichen ziviler Flugplätze (Flughäfen, Landeplätze und Segelfluggelände) sowie Modellfluggeländen und Schutzbereichen ziviler Flugsicherungseinrichtungen (Vgl. § 18a LuftVG). Eine Beeinträchtigung ziviler luftrechtlicher Belange ist hinsichtlich der Lage des Plangebietes und der geplanten Festsetzungen (Industriegebiet mit einer max. Höhe von 15 m OK für bauliche Anlagen sowie zulässiger Überschreitung für „Sonderbauteile“ bis 30 m OK - Sondergebiet „Photovoltaik“ mit einer Höhe für bauliche Anlagen von 3 m	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>OK sowie vorausgesetzter Verwendung blendfreier Module) gegenwärtig nicht zu erwarten.</p> <p>Im Ergebnis bestehen derzeit keine Bedenken gegen die Entwürfe des Bebauungsplanes Nr. 6 „Erweiterung Industriegebiet an der Freyensteiner Straße“ sowie der 5. Änderung des Teil-Flächennutzungsplanes der Stadt Meyenburg im Parallelverfahren.</p>	
		26/5 Planänderungen	<p><u>Hinweise:</u></p> <p>1. Sollten die im Kartenmaterial dargestellten Festsetzungen und / oder Planzeichnungen geändert werden, reichen Sie die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde bitte erneut zur Prüfung ein.</p>	<p>Die Forderung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		26/6 militärische Belange	<p>2. Zur Abklärung militärischer Belange empfehle ich Ihnen, das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw), Postfach 2963, 53019 Bonn zu beteiligen.</p>	<p>Der Empfehlung wurde bereits gefolgt.</p> <p>Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr wurde zum Entwurf des Bebauungsplanes beteiligt.</p>
T27	Vodafone Kabel Deutschland Stellungnahme vom: 20.08.2019	27/1 keine Einwände	<p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
T28	Regio Infra Nord-Ost Stellungnahme vom: 23.08.2019	28/1 Eisenbahnstrecken tangiert	<p>wir sind als öffentliches, Nichtbundeseigenes Eisenbahninfrastrukturunternehmen (NE-EIU) Träger öffentlicher Belange und können von den Planungen betroffen sein, da diese durch uns betriebene Eisenbahnstrecken tangieren.</p>	<p>Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		28/2 Zuständigkeit	Des Weiteren dürfen wir darauf hinweisen, dass wir im Auftrag unserer angeschriebenen Muttergesellschaft Regio Infra GmbH & Co. KG (RIG) antworten, da wir Eigentümer und Betreiber der Strecke Pritzwalk - Meyenburg (Strecken-Nr. 6938) sind, die den Bereich des FNP der Stadt Meyenburg durchquert. Im Bf Meyenburg geht die Strecke 6938 in die Strecke 6939 Meyenburg - Karow (Meckl) über, die an der Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern dorthin wechselt.	Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
		28/3 Vorschläge in alter Stellung- nahme	<p>Im Rahmen der Erstbeteiligung hatten wir zur vorgelegten Planung mit Schreiben GF2-P20 / 89-2018 vom 27.08.2018 Vorschläge zu Änderungen, insbesondere zur Aufnahme weiter reichender Hinweise auf die das Plangebiet berührenden Bahnanlagen einschl. möglicher Neuanbindungen des Gebietes der gegenständlichen Planung per Gleisanschluss unterbreitet.</p> <p>Leider haben diese Anregungen nur unzureichend Aufnahme in die nunmehr überarbeitete Planung gefunden.</p> <p>Nachfolgende Hinweise geben wir für die weiteren Planungsschritte.</p> <p>1. Die mit unserem Schreiben GF2-P20 / 89-2018 vom 27.08.2018 mitgeteilten Vorschläge halten wir weiterhin aufrecht und erbitten eine stärkere Berücksichtigung unter dem Aspekt der gegenwärtigen, aktuellen Klimaschutz- und künftiger Lebensqualität-Diskussionen.</p> <p><i>In der Stellungnahme zu den Vorentwürfen der FNP-Änderung und des Bebauungsplans vom 27.08.2018 wurde um die Beachtung folgender Hinweise gegeben:</i></p> <p>1. Hinweis, dass die durch die Regio Infra betriebene Bahnstrecke ausgehend von Neustadt/Dosse über Pritzwalk und Meyenburg sowie weiter über Karow (Meckl) nach Güstrow die hier befindlichen, ländlichen Regionen erschließe und auch die Erreichbarkeit für umfangreiche</p>	<p>Der Hinweis auf die Vorschläge in der Stellungnahme vom 27.08.2018 zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung Nr. 1 wurde bereits gefolgt. Das Kapitel I.2.2 „Räumliche Lage und verkehrliche Einbindung“ der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplans wurde um den Hinweis auf die Bahnstrecke ergänzt.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>Schientransporte, z.B. in das naheliegende Gewerbegebiet Prignitz, sichere. Die auch für Hafenhinterlandverkehre geeignete Strecke sollte sie deshalb auch im Kapitel „Räumliche Lage und verkehrliche Einbindung“ der Begründung mit dieser Beschreibung Erwähnung finden.</p> <p>2. Für das den B-Plan begründende Unternehmen Meyenburger Möbel GmbH sei die Absicherung der Logistik für Zu- und Abfuhr von Ausgangs- und Endprodukten einer der wichtigsten Unternehmensbestandteile. Bis zu Beginn der 90er Jahre sei ein Großteil der Produktion bahnseitig direkt auf dem Bf Meyenburg umgeschlagen worden, was derzeit wohl aus städtebaulichen Gründen problematisch wäre.</p> <p>3. Hinweis, dass derzeit alle Produkte ausschließlich per LKW an- und abtransportiert würden. Mit Schaffung zusätzlicher gewerblicher Bauflächen werde ein weiterer Anstieg der Produkttransporte einhergehen. Diese führten direkt durch das Stadtgebiet und damit zu einer immer größer werdenden Belastung der Bevölkerung sowie der Straßen- und anliegenden Bausubstanz. Es sollte deshalb die Möglichkeit eines schienengebundenen Umschlagplatzes erwogen werden; aufgrund der hauptsächlich containerbasierten Transporte z.B. in Form eines KLV-Umschlagbahnhofs. Diese Option sollte in der Begründung zum B-Plan verankert werden.</p>	<p>Der Hinweis Nr. 2 wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung Nr. 3 wird gefolgt.</p> <p>In die Begründung zum Bebauungsplan wird die Anregung aufgenommen, dass die Möglichkeit und die Sinnhaftigkeit einer Schienenanbindung des Industriegebietes regelmäßig zu prüfen ist.</p> <p>Zwar streben die Möbelwerke an, künftig durch den Einsatz von Containerwechselbrücken die Zahl der Lkw-Leerfahrten zu verringern, sodass durch die Erweiterung des Industriegebietes nicht zwangsläufig im selben Maße das Lkw-Aufkommen auf den innerörtlichen Straßen steigt, dem Stellungnehmenden wird aber Recht gegeben, dass es grundsätzlich erstrebenswert ist, nachhaltigere Verkehrslösungen für das Industriegebiet zu suchen und Verkehr möglichst von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Die aktuelle Bestandssituation der Möbelwerke erschwert dies allerdings zurzeit: Die Möbelwerke liefern nicht an ein Güterverteilzentrum, sondern direkt an den Einzelhandel. Es ist deshalb nur eingeschränkt möglich, Verkehre zu bündeln. Mit der Weiterentwicklung der Möbelwerke und des Industriegebietes insgesamt kann sich diese Situation allerdings ändern. Es sollte daher die Option eine Schienenanbindung generell gewahrt werden und regelmäßig Möglichkeit und Sinnhaftigkeit einer solchen Anbindung geprüft werden. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes stehen einer solchen Option</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>4. Anregung, in Schlussfolgerung des Hinweises Nr. 3 in der 5. Änderung zum Teil-FNP sog. Trassenkorridore für die Errichtung einer künftigen Gleisanbindung der Möbelwerke vorzusehen, um eine spätere Planung zu vereinfachen. Vorschläge zur möglichen Lage verschiedener Trassenkorridore einschließlich erster grober Einschätzungen zu Bewertungskriterien seien aus der Anlage ersichtlich.</p> <p><i>[Die Stellungnahme zu den Vorentwürfen enthält folgende Anlage:</i></p> <p><i>Übersichtskarte: Vorschlag: gleisgebundene Erschließung Industriegebiet Möbelwerke Meyenburg.</i></p> <p><i>Die Anlage kann in der Originalstellungnahme eingesehen werden.]</i></p>	<p>überwiegend nicht entgegen. Ob dabei ein Umschlagbahnhof für kombinierten Ladungsverkehr oder andere Maßnahmen sinnvoll sind, wäre in diesem Rahmen zu prüfen.</p> <p>Der Anregung Nr. 4 wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Anregung betrifft wie der Stellungnehmende selber feststellt entsprechend ihrem überörtlichen Bezug nicht das Bebauungsplanverfahren, sondern die FNP-Änderung. In die Begründung zur FNP-Änderung, die im Parallelverfahren erfolgt ist, wurden die vorgeschlagenen Trassenkorridore aufgenommen.</p>
		28/4 Möglichkeit Bahnnutzung	<p>2. Im Abschn. I.2.2 der Begründung zum B-Plan wird der durch uns als Bahnanlage betriebene Bahnhof Meyenburg zwar hinsichtlich des dort stattfindenden Personenverkehrs erwähnt, nicht jedoch die – und im Rahmen der B-Planung für ein Gewerbegebiet nicht unerhebliche – mögliche Funktion für den Schienengüterverkehr. Der Hinweis dort auf einen möglichen Halt von Bussen des Personenverkehrs „direkt an den Möbelwerken“ ohne gleichzeitige Hinweise auf künftig mögliche, gewerbliche Bahnnutzungen verstetigt auch hier den Eindruck einer von dafür Verantwortlichen (auch Planern!) nicht wirklich gewollten Verkehrswende. Entsprechend geänderte Textpassagen könnten diesem Eindruck entgegenwirken.</p>	<p>Der Einwand wird zurückgewiesen.</p> <p>Kapitel I.2.2 behandelt nicht mögliche künftige Verkehrsanbindungen, sondern lediglich die aktuelle verkehrliche Einbindung.</p> <p>Nichtsdestotrotz wird, um Missverständnissen vorzubeugen, in das Kapitel ein Hinweis auf die Möglichkeit einer Anbindung des Industriegebietes und gewerblicher Bahnnutzungen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
		28/5 Auswirkungen Verkehr	<p>3. Wir halten die Darlegungen in der Begründung zur Planänderung in Bezug auf den mit der Planänderung zu erzielenden Zweck einer Betriebserweiterung der MMG und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Kfz-Verkehr – hier LKW-Schwerlastverkehr – für unzureichend. Textliche Passagen wie</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Diese Anzahl der LKW-Bewegungen ... wird ... in etwa so bleiben.“ - „... maximal ... eine Verdopplung des LKW-Verkehrs ... liegt allerdings in weiter Ferne“ und - „... Leerfahrten (können) ausgeschlossen werden“ <p>sind verharmlosend, naiv und werden den künftigen Ansprüchen der Bürger nicht gerecht werden. Die von uns angeregte bahntechnische Erschließung des B-Plan-Gebietes hingegen würde den Verkehrslärm insgesamt vermindern und in einen stadtabgewandten Bereich – teilweise durch den Höhenrücken abgeschirmt – verlagern.</p>	<p>Der Einwand, dass die Darlegungen zu den Auswirkungen auf den Kfz-Verkehr unzureichend seien, wird zurückgewiesen. Einzelne Passagen der Begründung werden geändert.</p> <p>Eine Prognose der verkehrlichen Auswirkungen ist naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet und kann sich nur auf die aktuelle Situation und die konkreten Überlegungen der Möbelwerke stützen. Danach ist beabsichtigt, die Logistik so ausbauen, dass künftig Containerwechselbrücken zum Einsatz kommen und die Anzahl der Lkw-Leerfahrten dadurch erheblich reduziert wird. Die Möbelwerke liefern nicht an ein Güterverteilzentrum, sondern direkt an den Einzelhandel, sodass es generell schwierig ist, Verkehre zu bündeln. Eine Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene wird dadurch erschwert.</p> <p>Eine solche Verkehrsverlagerung ist zwar grundsätzlich erstrebenswert, ob und wie diese in Zukunft bei veränderten Rahmenbedingungen erfolgen kann, kann aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abgesehen werden. In die Begründung wird zusätzlich ein Passus aufgenommen, dass die Möglichkeit und die Sinnhaftigkeit einer bahntechnischen Erschließung des Industriegebietes regelmäßig geprüft werden sollten. Die Planung steht der Umsetzung einer Gleisanbindung auch nicht entgegen. Missverständliche Textpassagen in der Begründung, die als Verharmlosung der verkehrlichen Auswirkungen verstanden werden könnten, werden geändert.</p>
		28/6 Prüfung Gleisanbindung	<p>4. Wir weisen die Aussagen im Abschn. IV. der Begründung, wonach unser Vorschlag einer Anbindung des B-Plangebietes mittels einer Gleisanbindung geprüft wurde, zurück. Die Meinung, wonach „sich eine Gleisanbindung derzeit nicht lohnen“ würde, steht einem Ersteller eines B-Planes nicht zu, sie ist zudem wettbewerbsschädigend für einen künftigen Güterverkehrs-Modal-Split und wird einer geforderten Verkehrs- und Klimaschutzwende* nicht gerecht. Ein nachhaltiger B-Plan sollte sich alle Möglichkeiten für eine auch nachhaltigere Verkehrspolitik offenhalten; um</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend geändert.</p> <p>Zunächst ist klarzustellen, dass eine Gleisanbindung des Industriegebietes grundsätzlich sicher erstrebenswert ist, um Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Gegebenenfalls anders zu interpretierende Aussagen in der Begründung werden geändert. Die Planung steht der Umsetzung einer Gleisanbindung auch nicht entgegen. Eine Untersuchung möglicher Trassenführungen kann jedoch nicht im Rahmen des</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt Schlagwort	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett) Begründung
			<p>Streichung der gegenständlichen Passage wird gebeten; die Anbindung sollte als Möglichkeit neutral und ergebnisoffen (nach entsprechend fachgerechten Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen) weiter erwähnt bleiben.</p> <p>* Anmerkung FB: Was nützen die gegenwärtig „modernen“ Ausrufungen eines „Klima-Notstandes“ durch Kommunen, wenn bei konkreten Projekten von vorn herein keine verbesserten Verkehrsplanungen auf den Weg gebracht werden?!</p> <p>Um Beachtung bei der weiteren Erstellung der Planungen wird gebeten.</p>	<p>Bebauungsplanverfahrens erfolgen. Eine Untersuchung von Trassenalternativen müsste auf einer übergeordneten Planungsebene erfolgen und würde dann einen mehrjährigen Vorlauf mit umfangreichen Untersuchungen zu den verkehrlichen Auswirkungen, zum Immissionsschutz, zum Artenschutz und sonstigen Naturschutz etc. erfordern, da in zwei der drei im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung vom Stellungnehmenden vorgeschlagenen Varianten ein FFH-Gebiet und ein Naturschutzgebiet gequert werden, was erheblich Prüfungsbedarf auslöst.</p> <p>In die Begründung zum Bebauungsplan wird die Anregung, eine Schienenanbindung der Möbelwerke regelmäßig zu prüfen, aufgenommen.</p>
T30	Stadt Wittstock/Dosse Stellungnahme vom: 24.07.2019	30/1 nicht berührt	Durch den o. g. Bebauungsplan und die Änderung des Teil-Flächennutzungsplanes werden keine gemeindlichen Belange oder Planungen berührt, so dass seitens der Stadt Wittstock/ Dosse keine Bedenken oder Einwände bestehen.	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
T32	BA für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Stellungnahme vom: 25.07.2019	32/1 nicht berührt	durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr nicht berührt.	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
		32/2 keine Einwände	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>
T33	Kreishandwerker-schaft Prignitz Stellungnahme vom: 08.08.2019	33/1 keine Bedenken	es liegen von unserer Seite derzeit weder Bedenken, Anregungen noch Hinweise zum vorgelegten Bebauungsplan noch zur vorgelegten Änderung des Teilflächennutzungsplanes vor.	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde	Abwägungs- punkt	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag (fett)
		Schlagwort		Begründung
		33/2 nicht berührt	Die von uns zu vertretenden Belange werden derzeit von der Planung nicht berührt.	Kenntnisnahme. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.